

Kommunaler Klimaschutz 2011



Wettbewerb > [Die Preisträger und ihre Projekte](#)

gefördert durch:



servicestelle :
kommunaler
klimaschutz



Kommunaler Klimaschutz 2011

Wettbewerb > Die Preisträger und ihre Projekte

Impressum

Kommunaler Klimaschutz 2011 · Wettbewerb · Die Preisträger und ihre Projekte · Ein Wettbewerb des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Kooperation mit der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik

Diese Veröffentlichung wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt.

Das Wettbewerbsteam der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“: Cornelia Rösler (Projektleitung), Anna Hogrewe-Fuchs, Dina Lieder, Nadine Thoß, Vera Völker, Ulrike Vorwerk, Andrea Wagner, Franziska Wittkötter · Konzept: Anna Hogrewe-Fuchs · Redaktion: Anna Hogrewe-Fuchs, Ulrike Vorwerk · Textbeiträge: Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, Daniele Erdorf – Movie makes more, Celia Feldmann, Dr. Jürgen Görres, Dr. Volker Hahn, Dr. Hinrich Hartung, Daniel Hogenmüller, Anna Hogrewe-Fuchs, Irja Hönekopp, Dr. Rainer Land, Henrik Manthey, Bertold Meyer, Dr. Babette Nieder, Dieter Peschel, Dr. Norbert Röttgen, Christine Schink, Helmut Schmitt, Guido Spohr, Ulrike Vorwerk

Gestaltung: dollhausen design kempen · Druck: Rass GmbH & Co. KG, Bergisch Gladbach

Nur zur einfacheren Lesbarkeit verzichten wir drauf, stets männliche und weibliche Schreibweisen zu verwenden.

Diese Publikation wurde auf Recyclingpapier (100 % Altpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel) gedruckt.

Alle Rechte vorbehalten.

Herausgeber: „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik gGmbH (Difu) · Auf dem Hunnenrücken 3 · 50668 Köln

Köln 2012

Inhalt

Vorwort Bundesumweltministerium	4
Vorwort Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz	6
Der Wettbewerb Kommunaler Klimaschutz 2011	8
Die Preisträger	14

Kategorie 1

Energieeffizientes Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum ,Paul-Wunderlich-Haus' im Landkreis Barnim	16
Energetische Sanierung Schulkomplex Olbersdorf im Landkreis Görlitz	26
Passivhausprojekt: Bürgerhaus Hillesheim	36

Kategorie 2

Stadtinternes Contracting in Stuttgart	48
Kooperationsnetzwerk (Bio)EnergieDörfer Mecklenburg-Vorpommern (Bollewick)	58
Unternehmen für Ressourcenschutz der Freien und Hansestadt Hamburg	68

Kategorie 3

Bad Hersfeld saniert sich	80
Herten steigt auf – Strukturwandel mit dem Rad erfahren	90
Ich mach Klima (Karlsruhe)	100

Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz	110
Bildnachweis	114

Vorwort

Dr. Norbert Röttgen
Bundesumweltminister



Die Energiewende, die Bundestag und Bundesrat im Sommer 2011 mit einem überaus breiten Konsens beschlossen haben, ist nicht nur das größte Infrastruktur- und Modernisierungsprojekt der letzten Jahrzehnte. Es gibt auch kein anderes großes politisches Projekt, das in einem solch breiten Umfang von den Menschen in unserem Land unterstützt wird. Die Energiewende ist darum ein großes nationales Gemeinschaftsprojekt, bei dem es entscheidend auf die Kommunen ankommt. Sie werden für die Energieversorgung in unserem Land in Zukunft eine viel größere Rolle spielen als bisher, weil die Energieversorgung der Zukunft viel dezentraler, viel mittelständischer, viel verbraucherorientierter sein wird, zum Beispiel in Form kommunaler Energiegenossenschaften.

Ich freue mich, dass die Kommunen gerade auch die wirtschaftlichen Chancen der Energiewende erkennen, nicht nur im Hinblick auf neue Gewerbesteuererinnahmen, sondern auch beispielsweise durch den Einsatz für mehr Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden. Und gerade für kommunale Unternehmen tun sich ganz neue Ertrags-

chancen auf, etwa als Betreiber und Dienstleister bei der Integration der erneuerbaren Energien oder beim Betrieb von KWK-Anlagen.

Die Kommunen leisten mit diesem Engagement auch einen ganz entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz. Die Politik unterstützt dieses Engagement darum auch gezielt, vor allem mit der „Nationalen Klimaschutzinitiative“ meines Hauses. Die Erfolge können sich sehen lassen. Die aktuellen Zahlen aus der Umsetzung der Kommunalrichtlinie zeigen das: Inzwischen wurden schon über 2.200 Projekte bewilligt. Und mit dem Masterplan-Programm zeigen besonders ambitionierte Kommunen, wie das Ziel „100% Klimaschutz“ innerhalb einer Generation verwirklicht werden kann. Das spricht sich herum: Immer mehr Kommunen haben ein wachsendes klimapolitisches Interesse – die steigende Zahl der Anfragen bei der „Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz“ bestätigt das.

Mit dieser Dokumentation möchten wir dieses Engagement honorieren und andere dazu motivieren, eigene Projekte umzusetzen, um die

Leuchttürme des kommunalen Klimaschutzes in ein Lichtermeer zu verwandeln. Ich bin überzeugt, dass die Energiewende vor allem ein Projekt der Bürgerinnen und Bürger ist. Überall ist der Aufbruch zu spüren, überall findet sich echter Pioniergeist. Insbesondere die Gewinner des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz“ zeigen, wie stark dieser Pioniergeist in Deutschland ist. Mit ihm werden wir die Energiewende zum Erfolg führen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre und viele neue Einblicke in den kommunalen Klimaschutz.



Dr. Norbert Röttgen
Bundesumweltminister

Vorwort

Univ.-Prof. Dr.-Ing.

Klaus J. Beckmann

Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer
Deutsches Institut für Urbanistik



Im Zusammenhang mit der „Energiewende“ hat das Thema Klimaschutz in Deutschland verstärkte Aufmerksamkeit erhalten. Dabei sind gerade Kommunen mehr denn je gefragt, nach Wegen für eine klimaschonende Energieerzeugung und Möglichkeiten für eine Reduzierung des Energieverbrauchs zu suchen. Um neue Strategien und Handlungsansätze möglichst erfolgreich voranzubringen, ist es von großer Bedeutung, auf ein Zusammenwirken unterschiedlichster Akteure zu setzen.

Im kommunalen Klimaschutz bieten sich viele Anlässe und Projekte für partizipative Strategien, die „vom vielstimmigen Reden zum gemeinsamen Handeln“ führen. Wichtig sind dabei überschaubare Ziele, Handlungsanleitungen zu akteurspezifischen Maßnahmen sowie ein Feedback aus erfolgreich durchgeführten Projekten. Unter diesen Grundvoraussetzungen können nachhaltige Verhaltensänderungen erreicht und damit ein langfristiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Die vorliegende Dokumentation der Gewinnerprojekte des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz 2011“ zeigt einmal

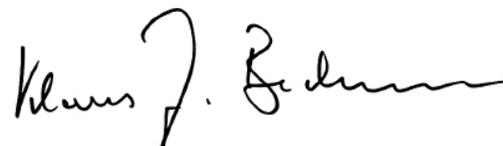
mehr, wie sehr Kommunen bereits auf ein erfolgreiches Miteinander setzen. Sei es bei der Bildung von Kooperationen mit anderen Mitstreitern oder bei der Einbindung der Bevölkerung in einen aktiven Klimaschutz.

Über 230 Bewerbungen erreichten die beim Deutschen Institut für Urbanistik angesiedelte „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ im Jahr 2011. In Kooperation mit dem Bundesumweltministerium und den kommunalen Spitzenverbänden führt diese den seit 2009 jährlich stattfindenden Wettbewerb durch. Ausgezeichnet werden Kommunen und Regionen für vorbildliche Klimaschutzprojekte, die in besonderem Maße zu einer Reduzierung von CO₂ beitragen. 240.000 Euro Preisgeld unterstützen die Kommunen dabei, ihren klimafreundlichen Weg fortzusetzen. An dieser Stelle nochmals eine herzliche Gratulation an alle neun Gewinnerkommunen.

Ein Ziel des Wettbewerbs ist es, die ausgezeichneten Projekte als Vorbilder bekannt zu machen und andere Kommunen zur Nach-

ahmung anzuregen. Daher möchten wir uns beim Bundesumweltministerium dafür bedanken, dass es einen solchen Wettbewerb ermöglicht und ihn gemeinsam mit der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ durchführt.

Ein herzliches Dankeschön auch an alle anderen, die diesem Wettbewerb zum Erfolg verholffen haben: den Ansprechpartnern in den Gewinnerkommunen, allen Bewerbern, der Jury sowie dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund als Kooperationspartner.



Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer
Deutsches Institut für Urbanistik
für die „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“

Der Wettbewerb

Kommunaler Klimaschutz 2011



KOOPERATION UND VERNETZUNG -
AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN
FÜR DEN KOMMUNALEN KLIMASCHUTZ



REISTRÄGER
WETTBEWERB:
KOMMUNALEN
KLIMASCHUTZ
2011

KOOPERATION UND VERNETZUNG
AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN
FÜR DEN KOMMUNALEN KLIMASCHUTZ

Neun ausgezeichnete Klimaschutzprojekte

Auch 2011 zeigten sich deutsche Kommunen beim Thema CO₂-Sparen kreativ und erfolgreich. Neun Kommunen, die besonders vorbildliche Maßnahmen, Strategien oder Aktionen für den Klimaschutz umgesetzt haben, wurden am 23. November in Berlin als Gewinner des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz 2011“ ausgezeichnet. Ausgerufen hatte den Wettbewerb das Bundesumweltministerium (BMU) zusammen mit der beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) angesiedelten „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund.

Im Rahmen der 4. Kommunalkonferenz „Kooperation und Vernetzung – aktuelle Herausforderungen für den kommunalen Klimaschutz“

überreichte Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen den Gewinnern die Preise persönlich und verwies auf die Bedeutung der Kommunen für einen erfolgreichen Klimaschutz: „Ohne das Engagement von Städten, Gemeinden und Landkreisen wäre die Energiewende nicht möglich.“



Der Laudator für die Preisträger der Kategorie 1: Christian Schramm, erster Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Oberbürgermeister der Stadt Bautzen

Kategorie 1

Innovative technische und/oder bauliche Maßnahmen für den Klimaschutz in einem kommunalen Gebäude oder einer kommunalen Einrichtung, die z.B. besonders effektiv Energieeffizienz mit der Nutzung erneuerbarer Energien verbinden.



Kategorie 1: Gewinner und Gratulanten

v. l. Christian Schramm, Deutscher Städte und Gemeindebund; Ortsbürgermeister Helmut Schmitt, Gemeinde Hillesheim; Landrat Bernd Lange, Landkreis Görlitz; Landrat Bodo Ihrke, Landkreis Barnim; Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen; Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik



Der Laudator für die Preisträger der Kategorie 2: Bertram Fleck, Vorsitzender des Umwelt und Planungsausschusses des Deutschen Landkreistages



Der Laudator für die Preisträger der Kategorie 3: Detlef Raphael, Beigeordneter für Umwelt und Wirtschaft des Deutschen Städtetages

Kategorie 2

Innovative und vorbildliche Strategien zur Umsetzung des kommunalen Klimaschutzes, durch die z.B. besonders tragfähige Modelle zur Kooperation mit anderen Kommunen (interkommunale Kooperationen, Regionen) oder mit der Privatwirtschaft, Handwerksbetrieben, Einzelhandel, Verbänden, Bürgerinitiativen etc. realisiert werden konnten.



Kategorie 2: Gewinner und Gratulanten

v. l. Bertram Fleck, Deutscher Landkreistag; Staatsrat Michael Sachs, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg; Bürgermeister für Städtebau und Umwelt Matthias Hahn, Landeshauptstadt Stuttgart; Bürgermeister Bertold Meyer, Gemeinde Bollewick; Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen; Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik

Kategorie 3

Erfolgreich umgesetzte, innovative Aktionen zur Beteiligung und Motivation der Bevölkerung bei der Realisierung von Klimaschutzmaßnahmen.



Kategorie 3: Gewinner und Gratulanten

v. l. Detlef Raphael, Deutscher Städtetag; Bürgermeister Dr. Uli Paetzel, Stadt Herten; Bürgermeister Thomas Fehling, Stadt Bad Hersfeld; Norbert Hacker, Leiter des Amtes für Umwelt- und Arbeitsschutz der Stadt Karlsruhe; Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen; Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik

Die Jurymitglieder

Peter Weiß,

Deutscher Landkreistag

Dr. Simon Burger,

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Dr. Jutta Emig,

Bundesumweltministerium

Michael Sinofzik,

Deutscher Städtetag

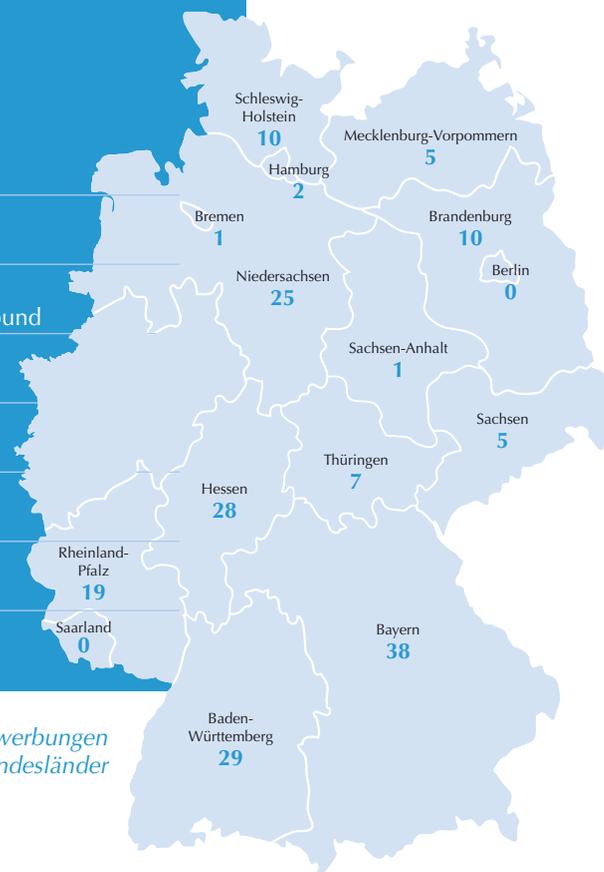
Dr. Peter Pichl,

Umweltbundesamt

Jessica Suplie,

Bundesumweltministerium

*Die Verteilung der Bewerbungen
auf die einzelnen Bundesländer*



Viele Kommunen tragen heute schon aktiv zur Verbesserung der Energieeffizienz und zum Ausbau der erneuerbaren Energien bei. Sie zeigen in einer Vielzahl von Erfolgsgeschichten, dass Klimaschutz vor Ort möglich ist.“

Erfolgreiche dritte Wettbewerbsrunde

Die Ausschreibung des Wettbewerbs erfolgte wie auch in den beiden vorhergehenden Jahren am Jahresanfang. Von Mitte Januar bis Ende März konnten Kommunen und Regionen ihre erfolgreichen Projekte bei der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ einreichen. 2011 gab es insgesamt 237 Bewerbungen.

Der Wettbewerb ist Bestandteil der Nationalen Klimaschutzinitiative des BMU und soll dazu beitragen, herausragende kommunale Klimaschutzprojekte in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die ausgezeichneten erfolgreichen Beispiele sollen andere Kommunen und Regionen zur Nachahmung anregen. Als Modell- und Vorbildprojekte zeigen sie, wie klimaschädliches CO₂ erfolgreich vermieden werden kann. Eingereicht werden konnten Projekte, die bereits abgeschlossen sind oder solche, die mit ersten Ergebnissen und Bilanzen dokumentieren konnten, dass die angestoßenen Projektideen funkti-



*Preisverleihung
im Humboldt Carré*



Bundesumweltminister und Difu-Institutsleiter

onieren und erfolgversprechend sind. Um der Vielfalt der Möglichkeiten, als Kommune oder Region Kohlendioxid einzusparen gerecht zu werden, konnten die Bewerbungen in drei unterschiedlichen Kategorien eingereicht werden.

Insgesamt 240.000 Euro Preisgeld stehen den neun Siegerkommunen zur Verfügung – einzige Bedingung: Das Geld muss wieder in den Klimaschutz fließen. So können die Kommunen ihre siegreichen Projekte weiter voranbringen oder neue Vorhaben initiieren. Die Gewinner der ersten Kategorie erhalten dazu jeweils 40.000 Euro, die Gewinner in den Kategorien zwei und drei jeweils 20.000 Euro. Die Preisträger erhielten vor Ort eine „Klimaschatzkiste“, gefüllt mit einer Urkunde, einer „Schatzkarte“ mit dem Weg zum Preisgeld und einer DVD mit den Filmen über die siegreichen Klimaschutzprojekte.

Damit die Gewinnerprojekte eine weite Verbreitung und möglichst viele Nachahmer finden, werden die Kommunen von einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Ihre Projekte wurden in Kurzfilmen porträtiert, die dem Publikum bei der Preisverleihung auf der Kommunalkonferenz vorgeführt und als Langversionen auf DVD kostenfrei verteilt wurden. Interessierte, die nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnten, hatten die Möglichkeit, die Bekanntgabe und Veröffentlichung der Gewinner im Internet zu verfolgen: Unter www.kommunaler-klimaschutz.de standen ausführliche Informationen, Bilder und Filme über die Preisverleihung und die Gewinnerprojekte bereit.

Der Wettbewerb in Zahlen

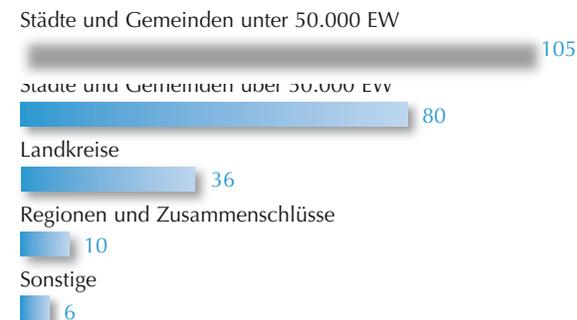
Das Wettbewerbsjahr 2011 war ein Rekordjahr. Insgesamt 237 spannende Bewerbungen erreichten die „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“, aus diesen musste die Jury neun Gewinner auswählen. In die Entscheidung flossen unter anderem folgende Kriterien ein: die Effizienz in Bezug auf den Klimaschutz, die Übertragbarkeit auf andere Kommunen sowie der Innovationscharakter unter Berücksichtigung der individuellen lokalen Gegebenheiten.

Die Verteilung der Bewerbungen auf die Kategorien



- Kategorie 1 > Maßnahmen/Projekte
- Kategorie 2 > Strategien
- Kategorie 3 > Aktionen/Motivation

Die Verteilung der Bewerbungen nach Gemeindestatus und Größe



Die Preisträger



Kategorie 1

Innovative technische und/oder bauliche Maßnahmen für den Klimaschutz in einem kommunalen Gebäude oder einer kommunalen Einrichtung, die zum Beispiel besonders effektiv Energieeffizienz mit der Nutzung erneuerbarer Energien verbinden.

Energieeffizientes Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum „Paul-Wunderlich-Haus“

Landkreis Barnim
Brandenburg
ca. 177.000 Einwohner





70 Prozent weniger Energieverbrauch

Das Paul-Wunderlich-Haus gilt als wichtigstes Initialprojekt der „Null-Emissions-Strategie“ des Landkreises Barnim. In der Konzeption des Verwaltungs- und Dienstleistungszentrums führten die Planer sämtliche Aspekte nachhaltiger, ökologischer Bauweise zusammen und verbanden sie mit Kosteneffizienz und Nutzerkomfort.

Ein wichtiges Ziel war, die energetischen Vorgaben des Förderprogramms „Energieoptimiertes Bauen“ (EnOB) zu erfüllen und den Anfor-

derungen des „Deutschen Gütesiegels Nachhaltiges Bauen“ (DGNB) zu genügen. So wurde der jährliche Primärenergieverbrauch für Heizen, Kühlen, Beleuchten und Hilfsenergie auf unter 100 Kilowattstunden pro Quadratmeter limitiert. Das Gebäude verbraucht damit 70 Prozent weniger Energie als vergleichbare Einrichtungen und spart jährlich rund 540 Tonnen Kohlendioxid. Anlass für das Neubauprojekt war die Zusammenlegung der zuvor auf acht Standorte verteilten Verwaltung des Landkreises Barnim.

Transparente Architektur



Blick in den Innenhof





Originelle Fassadengestaltung

18

Das Paul-Wunderlich-Haus entstand mitten in der Kreisstadt Eberswalde in einer Baulücke, die seit dem Zweiten Weltkrieg brach lag. Es ist ein kompakter drei- bis viergeschossiger Gebäudekomplex, der sich um einen Innenhof gruppiert. Jedes Einzelgebäude hat ein anderes Architektur-Design, kann separat betrieben und damit unterschiedlich genutzt werden. So kann die schnelle Anpassung an sich künftig ändernde Strukturen erfolgen.

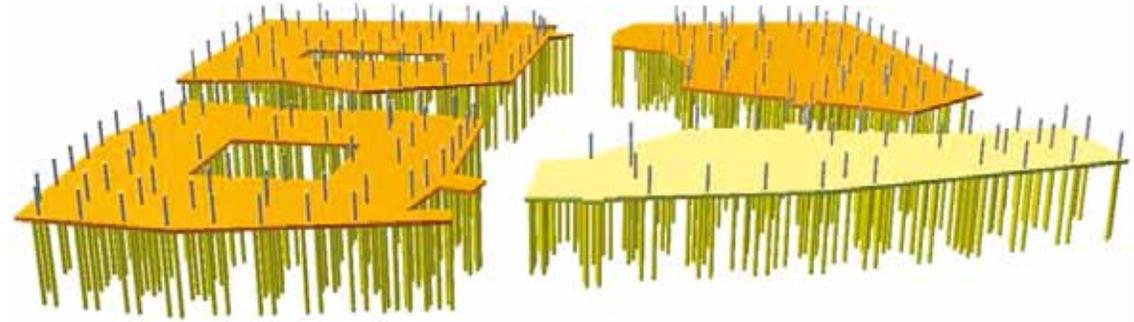
Im neuen Kreishaus arbeiten inzwischen 550 Landkreis-Mitarbeiter auf 19.000 Quadratmetern. Auf weiteren 2.500 Quadratmetern sind Restaurants, Dienstleister und Geschäfte untergebracht. Seinen Namen verdankt das neue Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum dem in Eberswalde geborenen Maler, Bildhauer und Grafiker Professor Paul Wunderlich, dessen weltweit größte Ausstellung hier zu sehen ist.

Energieeffiziente Bauweise bis ins Detail

Gebäudeform, Fassaden, Verglasung und Sonnenschutz sind so konzipiert, dass mit geringem Energieaufwand ein hoher Nutzungskomfort erreicht wird. Die Gebäudehülle ist durch innovative Technologien wie Vakuumdämmung und Latentwärmespeicher optimiert. Die Außenwände bestehen aus einer beidseitig beplankten Holztafelkonstruktion mit einer Dämmung aus Zellulose. Auf der Außenseite befindet sich eine hinterlüftete Fassadenkonstruktion mit einer Beplankung aus Faserzementtafeln oder Putzträgerplatten. Bodenplatten, Geschossdecken, lasttragende Stützen und Dächer sind mit Stahlbeton hergestellt.



„Energiepfähle“ unter dem Paul-Wunderlich-Haus



Die Holzfenster sind mit Dreischeiben-Wärmeschutzverglasung ausgeführt. Mit wenigen Ausnahmen, beispielsweise bei der Brandschutzbeschichtung für Holz, wurden im gesamten Bau ausschließlich zertifizierte ökologische Materialien verwendet.

Um die Akustik zu verbessern, gibt es in ausgewählten Bereichen abgehängte Deckenpaneele. Integriertes Phasenwechselmaterial sorgt für ein ausgeglichenes Raumklima. Eine 100 Kilowatt-peak leistungsfähige Solaranlage auf dem Dach und an der Fassade des Parkhauses erbringt jährlich rund sieben Prozent des Strombedarfs. Der darüber hinaus bestehende Energiebedarf wird durch Ökostromanbieter gedeckt.

Effektive Fassadennutzung



Beheizt und gekühlt wird über reversible Wärmepumpen, die als Energiequellen Erdreich und Außenluft nutzen. Da die hydro-geologisch schwierigen Baugrundverhältnisse eine Pfahlgründung erforderten, wurden 850 Gründungspfähle versenkt, 600 davon als Energiepfähle

ausgebaut. Während der kalten Jahreszeit wird das konstant zehn Grad Celsius warme Bodenwasser zum Heizen genutzt. Im Sommer wird das System umgedreht und das Wasser zur Kühlung verwendet. Bei Temperaturen über acht Grad Celsius nutzen die Wärmepumpen primär die Außenluft, die über Rückkühler erschlossen wird. Die Kombizone – also die Verkehrswege zwischen den einzelnen Büroräumen und alle Servicebereiche, die nicht unmittelbar in Fensternähe angeordnet sind – wird in der kalten Jahreszeit über eine Fußbodenheizung versorgt.

Eine interne Wetterstation misst Temperatur, Niederschlag sowie Windverhältnisse und sendet die entsprechenden Befehle an die Haustechnik. In Hitzeperioden öffnen sich nachts automatisch einige Fenster und sorgen für Abkühlung. Das ganze Jahr über wird die Zuluft durch ungedämmte, in die Decke eingelegte Rohre in die Büros geleitet. Die Abluft verlässt die Büros durch direktes Überströmen in die Kombizone. Dort wird sie durch Abluftgitter



Lichtpendender Innenhof

abgesaugt. Bevor die Luft das Gebäude verlässt, gibt sie ihre Wärme an die Zuluft über einen Rotationswärmetauscher ab.

Bis auf das Landratsgebäude besitzen alle Einzelbauten einen zentralen, verglasten Innenhof. Die Büros sind von den Gängen und der Kombizone überwiegend durch Glaswände getrennt. Dieses vom Architekten Thomas Winkelbauer erdachte Konzept ermöglicht weite Blicke und nimmt die Enge, die der klassische Verwaltungsbau meist mit sich bringt. Die von der Verwaltung des Landkreises Barnim angestrebte Transparenz für die Bürger wird durch diesen architektonischen Ansatz unterstützt. Glas und lichte Bauweise fördern außerdem das Konzept einer primären Tageslichtausnutzung. Dazu optimierte der

Architekt das Verhältnis von Geschosshöhe und Raumtiefe. Außenliegende Sonnenschutzlamellen sorgen für Blendschutz. Eine eigens vom Fraunhofer Institut entwickelte energieeffiziente Stehleuchte ersetzt die – sonst in solchen Gebäuden übliche – Deckenbeleuchtung. Die Beleuchtung wird zentral gesteuert und an die jeweilige Lichtsituation angepasst.

Klimaschutz- und Wirtschaftsmotor für die Innenstadt

Die Reduzierung des Energieverbrauchs um 70 Prozent und die damit verbundene Einsparung von rund 540 Tonnen CO₂ sprechen für sich. Als „Null-Emissions-Haus“ ist der Gebäudekomplex wohl das derzeit energieeffizienteste Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum in Deutschland und ein Wirtschaftsmotor dazu: Der Sitzungssaal der Kreisverwaltung ist zu einem der begehrtesten Veranstaltungsorte der Stadt geworden und fast täglich vermietet. Die Restaurants und Geschäfte privater Dienstleister sind im neuen Kreishaus gut besucht. Die Paul-Wunderlich-Ausstellung ist zu einem kulturellen Anziehungspunkt geworden. Damit ist auf einer innerstädtischen Brachfläche ein beliebter und belebter Ort des lokalen Lebens entstanden.

Die Gesamtbaukosten beliefen sich auf 37 Millionen Euro. Letztlich betragen sie 1.263 Euro pro Quadratmeter Nettogrundfläche. Dies entspricht, am Baukostenindex gemessen, einem mittleren Standard. Unterstützt wurde das Bauprojekt mit 1,8 Millionen Euro aus dem Förderprogramm Energieoptimiertes Bauen (EnOB), mit 600.000 Euro aus dem Brachflächenprogramm des Landes Brandenburg und mit vier Millionen Euro Fremdfinanzierung für die Gewerbeflächen.

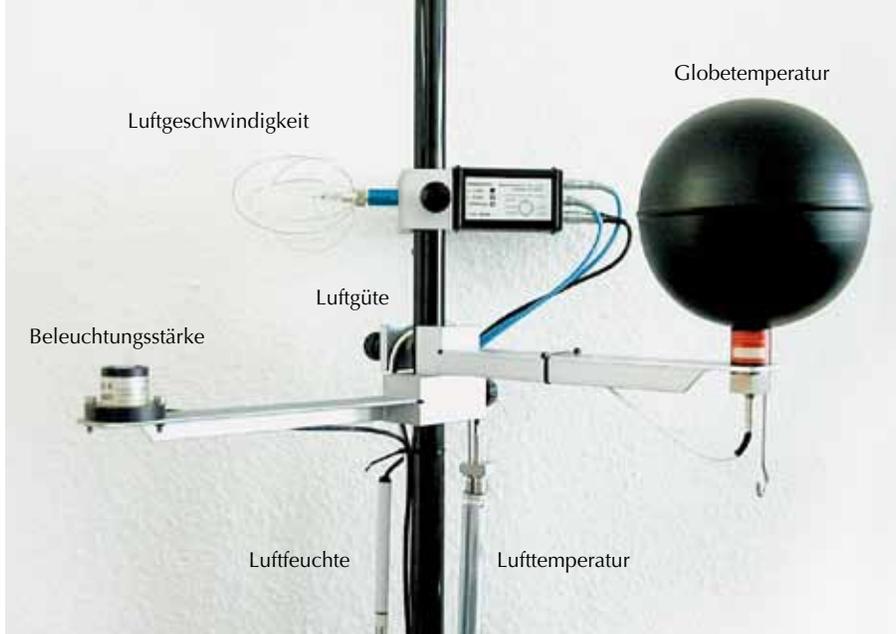


„Schwebende“ Flure



Auf einen Blick

Gebäudenutzung	Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum
Zeitraumen	Projektzeitraum 2005 bis 2007 Eröffnung 2007
Nutz- bzw. Bruttofläche	19.000 m ² Verwaltung 2.500 m ² andere Dienstleister
Gebäudehülle	Passivhausstandard Holztafelbauweise mit Zellsulosedämmung und Vakuumisulationspaneelen
Anlagentechnik	Lüftung mit Wärmerückgewinnung, passive Kühlung, Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik (Heizung, Kühlung, Lüftung, Beleuchtung, Verschattung) über diverse Bussysteme
Einsatz erneuerbare Energien	Wärmepumpe, Photovoltaikanlage
Primärenergiebedarf	93 kWh/m ² NGF pro Jahr für Büroflächen ohne Server laut Simulation mit Primärenergiefaktor 3 – davon Heizung: 18 kWh/m ² , Kühlung: 9 kWh/m ² , Lüftung: 16 kWh/m ² , Hilfsantriebe für Heizen, Kühlen und Lüften: 13 kWh/m ² , Beleuchtung: 37 kWh/m ²
CO ₂ -Vermeidung	Ca. 540 Tonnen CO ₂ /Jahr
Weiteres	Deutsches Gütesiegel Nachhaltiges Bauen Gold, Monitoring, Tageslichtoptimierung, energetisch hocheffiziente Stehleuchten



Gesicherte Betriebsabläufe

Daneben erhob das Kontrollprogramm zahlreiche weitere Daten, darunter auch Parameter des Nutzungskomforts. Für das Monitoring wurden 300 Messpunkte eingerichtet, deren Daten im Überwachungszeitraum alle fünf Minuten an die Gebäudeleittechnik gesendet wurden. So konnten Abstimmungsprobleme aufgespürt werden, die einem energetisch optimalen Betrieb entgegenstanden. Das Monitoring führte in den vergangenen Jahren bereits zu zahlreichen Optimierungen.

Zurzeit werden die Ergebnisse dieser Optimierungen ausgewertet. Die Simulationen wurden leicht überschritten, und die Förderkriterien des EnOB-Programms wurden eingehalten. Weitere Energieeinsparpotenziale bestehen beim Betrieb des Paul-Wunderlich-Hauses z.B. durch die Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik.

Monitoring sorgt für optimale Gebäudefunktionalität

Ein weiterer wichtiger Aspekt war bei der Konzeption des Paul-Wunderlich-Hauses die permanente energetische Kontrolle und damit die Optimierung des Gebäudebetriebs. Mit Unterstützung der Technischen Universität Cottbus bauten die Planer ein wissenschaftliches Mess- und Monitoringprogramm auf. Der Energieverbrauch von Heizung, Kühlung, Lüftung und Beleuchtung wurde über einen Betriebszeitraum von drei Jahren erfasst.

Ansprechpartnerin:

Christine Schink Klimaschutzmanagerin des Landkreises Barnim

Telefon: 03334/498532 E-Mail: christine.schink@erneuerbar.barnim.de

Drei Fragen ...

an den Landrat des Landkreises Barnim,
Bodo Ihrke



1

Welche Rolle spielt das Projekt „Energieeffizientes Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum ‚Paul-Wunderlich-Haus‘“ für den Klimaschutz in Ihrer Kommune?

Mit der Umsetzung der Null-Emissions-Strategie wurde als wichtigstes Initialprojekt im Stadtzentrum der Kreisstadt Eberswalde das Paul-Wunderlich-Haus mit Sitz der Verwaltung des Landkreises und zahlreichen Geschäften und gastronomischen Einrichtungen errichtet. Damit ist ein entscheidendes Referenzprojekt umgesetzt worden. Das Paul-Wunderlich-Haus ist derzeit das energieeffizienteste öffentliche Verwaltungsgebäude Deutschlands.

Mit diesem Projekt hat die Verwaltung bewiesen, dass energieeffizientes und kostengünstiges Bauen gleichermaßen im Fokus stehen. Die Kreisstadt Eberswalde hat damit ein Zentrum urbanen Lebens zurückbekommen. Wichtige Schnittstellen zur Innenstadtbelebung und im Bereich der Stadtentwicklung sind entstanden.

>>>

2

Was bedeutet die Auszeichnung für den Landkreis Barnim?

Sie bedeutet den Barnimern sehr viel und gibt die Motivation und Bestätigung für viele weitere Klimaschutzprojekte. Verbunden mit der zentralen, stark frequentierten Lage des Gebäudes im historischen Stadtzentrum ergab sich die Chance, die energetischen Ziele des Landkreises in einem ökonomisch wie ökologisch besonders nachhaltigen Neubau zu verwirklichen und öffentlichkeitswirksam zu zeigen. Die Auszeichnung bestätigt die Erreichung der Ziele.

3

Wo ist der Landkreis Barnim noch im Klimaschutz aktiv?

An vielen Stellen im Landkreis Barnim ist der Slogan „die Zukunft ist ERNEUER:BAR“ zu finden. „Die Zukunft ist ERNEUER:BAR“ ist eine Kampagne, die die Botschaft des nachhaltigen Handelns in den gesamten Landkreis trägt und dazu motiviert, etwas für den Klimaschutz und den Einsatz von erneuerbaren Energien zu tun. Gemeinsam mit starken Partnern aus Wirtschaft und Verwaltung wird das Thema im dafür eingerichteten Regionalbüro Barnim umgesetzt. Wertschöpfung, Versorgungssicherheit, Arbeitsplätze und Klimaschutz sind die Ziele, die mit der Bearbeitung der Handlungsfelder Energieerzeugung, Energieeinsparung und Umweltbildung erreicht werden sollen. Zu den wichtigsten Partnern zählen die Kommunen selbst, die im Rahmen ihres öffentlichen Handelns eine Vielzahl von Projekten umsetzen, wie z.B. Sanierungsmaßnahmen der öffentlichen Gebäude und den Einsatz von energieeffizienter Straßenbeleuchtung. Auch die Barnimer leisten mit Verhaltensänderungen beim Konsum, Stromverbrauch und Heizen sowie durch Investitionen in energetische Maßnahmen ihren Beitrag. Mit der Entwicklung der Marke „ERNEUER:BAR“ ist ein Instrument geschaffen worden, alle zu motivieren, mit vielen kleinen alltäglichen Dingen einen Beitrag zum Umdenken in unserer Gesellschaft zu leisten. Wir als Verwaltung haben mit dem Paul-Wunderlich-Haus ein Projekt für den Klimaschutz realisiert.

Die Begründung der Jury

Der Landkreis Barnim hat mit dem „Paul Wunderlich-Haus“ einen Gebäudekomplex von herausragender nachhaltiger und energieeffizienter Qualität geschaffen, der viele innovative und ökologische Technologien in einem ausgereiften Gesamtkonzept verbindet. Darüber hinaus ermöglicht die Langzeitauswertung der Verbrauchsdaten einen energetisch optimalen Gebäudebetrieb.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den der Landkreis Barnim die Auszeichnung im Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2011“ erhält.



*Das Team aus dem Landkreis Barnim bei der Preisverleihung in Berlin:
v. l. Katrin Wiede, Regionalbüro Barnim; Ewa Mlynarczyk-Luft, Regionalbüro Barnim;
Christine Schink, Landkreis Barnim; Landrat Bodo Ihrke; Bundesumweltminister
Dr. Norbert Röttgen; Christian Schramm, Deutscher Städte und Gemeindebund*

Noch eine letzte Frage an den Landrat:

Wie verwendet der Landkreis Barnim das Preisgeld von 40.000 Euro?

Die Mittel werden für weitere Projekte unserer Initiative „die Zukunft ist ERNEUER:BAR“ eingesetzt. Schwerpunkt dieser Vorhaben soll sein, die Akzeptanz für erneuerbare Energien weiter zu erhöhen und somit unseren Barnimer Weg erfolgreich weiterzugehen.

Mit dem Preisgeld sollen der Aufbau eines Handwerker-netzwerks für das Zentrum für Erneuerbare Energien in Eberswalde und eine Umwelttasche für Barnimer Grund-schulen, verbunden mit einem Schulungsprogramm im Bereich Umweltbildung für Pädagogen, entwickelt werden.

Energetische Sanierung Schulkomplex Olbersdorf

26

Landkreis Görlitz
Sachsen
ca. 281.000 Einwohner





Ein Baudenkmal wird zur energieeffizienten Schule

Die Friedrich-Fröbel-Förderschule ist ein architektonisch herausragendes Kulturdenkmal. Sie gilt als bedeutendes regionales Beispiel für den Schulbau der Weimarer Republik. Der aus Hauptgebäude und Turnhalle bestehende Komplex hatte bereits 1924 als Baumodell auf der Pariser Weltausstellung fungiert und wurde 1929 fertiggestellt. Seit dem Jahr 2006 stand die ehemalige Mittelschule leer. 2007 fiel der Beschluss zur Sanierung, da der Landkreis Görlitz als Schulträger beabsichtigte, die bis dahin in Zittau angesiedelte Förderschule nach Olbersdorf zu verlagern. Zuvor waren – vor dem Hintergrund ökologischer und ökonomischer Überlegungen – alle Schulstandorte auf ihren Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoß hin untersucht worden.

Sanierungsziel war, rund 200 Schülern der Klassen eins bis neun und dem knapp 30-köpfigen Lehrerkollegium einen Schulkomplex zur Verfügung zu stellen, der den besonderen Bedürfnissen der Lernförderung entspricht und zugleich klimafreundlich gestaltet ist. Der Landkreis wollte die Energiekosten reduzieren und den Heizwärmebedarf um mehr als 80 Prozent senken.

Energetisch strebten die Planer den Drei-Liter-Haus-Standard an, was bedeutet, dass so viel Primärenergie pro Quadratmeter und Jahr verbraucht wird, wie in drei Litern Heizöl enthalten ist, also ca. 30 Kilowattstunden Energie pro Quadratmeter und Jahr.

Klimagerechtes Baudenkmal





Wirksame Fassadendämmung



... denkmalgerecht ausgeführt

Neben einer energieeffizienten Sanierung bestand die besondere Herausforderung darin, dem Denkmalschutz Genüge zu tun. So wollte der Landkreis beispielsweise die außergewöhnliche, mit Intarsien und Malereien versehene Holzdeckenkonstruktion der Turnhalle erhalten. Auch die Anmutung der Fassade mit ihren in der Fassadenflucht befindlichen Fenstern – eine im Gegensatz zur typischen Lochfassade gewählte Gestaltung – sollte unbedingt bewahrt werden. Auf einer Gesamtnutzfläche von rund 6.600 Quadratmetern sah die Planung 22 Klassenräume vor, ergänzt durch einen Sportplatz, Spielplatz, Pausenhof und Schulgarten. Hinzu

kam der Einbau von barrierefreien Gebäude- und Raumzugängen, Rollstuhlrampen, Fahrstühlen und behindertengerechten Toiletten. Zur verbesserten Tageslichtnutzung und gleichzeitigen Lernförderung musste auch der Grundriss überarbeitet werden. Der Eingangsbereich und die Klassenzimmer im Dachgeschoss wurden heller und freundlicher gestaltet. Außerdem sollten die Decken in den Informatikklassen und Fachkabinetten in Kombination mit einer Kühldecke akustisch optimal ausgebaut werden, um eine bessere Sprachverständlichkeit zu erreichen. Die Bauzeit wurde auf zwei Jahre veranschlagt.

Ausgeklügeltes Sanierungskonzept

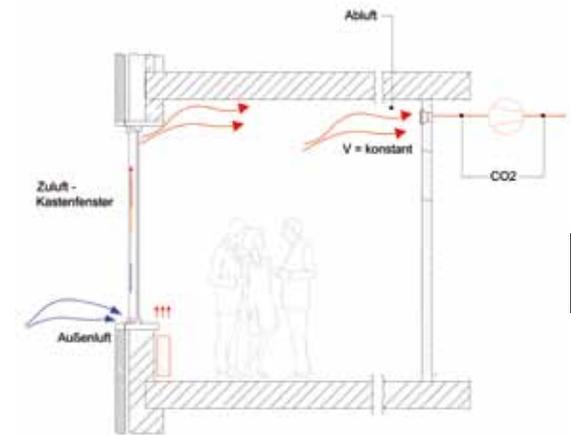
Der wichtigste energetische Modernisierungsansatz war ein konsequenter Wärmeschutz durch eine Fassadendämmung. Der jährliche Primärenergiebedarf für Heizung, Belüftung und Hilfsenergie beträgt rund 35 Kilowattstunden pro Quadratmeter Gebäudenutzfläche. Vorgaben des Denkmalschutzes begrenzten die Fassadenisolierung auf eine maximale Aufbauhöhe von sieben Zentimetern mit Hilfe eines Verbundsystems, das zur besseren Wärmedämmung mit Graphit versetzt ist.

Darüber hinaus wurden die alten Fenster gegen Zuluft-Kastenfenster ausgetauscht. Nun gelangt Außenluft durch Öffnungen in den Scheibenzwischenraum, erwärmt sich, steigt auf und tritt am oberen Fensterrahmen in den Raum ein. Dank dieser Vorwärmung und der weit nach oben verlagerten Frischluftzufuhr wird das Zugluftrisiko reduziert. Zur Unterstützung des Kastenfenster-Systems setzten die Planer auf eine Hybridlüftungs-Strategie und aktivierten alte Luftschächte. Verbrauchte Luft zieht in den Schächten durch den natürlichen Auftrieb nach oben ab. Eine sensorgesteuerte CO₂-Messanlage kann bei Bedarf

Abluftventilatoren zuschalten. Sobald eine bestimmte Außentemperatur überschritten wird, öffnen sich die Oberlichter der Fenster automatisch. Auf diese Weise erfolgt nicht nur eine energieeffiziente Belüftung des ganzen Gebäudes, auch die Lufthygiene in den einzelnen Klassenzimmern steigt, die Räume lassen sich angenehmer temperieren und das Lernklima verbessert sich insgesamt. Sommerlichen Wärmeschutz gewährleisten eine elektrochrome Verglasung, die sich bei erhöhter Lichteinstrahlung automatisch dunkler färbt, sowie nächtliche Lüftung – und das bei vollem Einbruchschutz.



Komplexes Lüftungskonzept



Kastenfenster mit Zuluft



Tradition und Innovation

Für die Beheizung der Schule sorgten vor der Sanierung ausschließlich Gaskessel. Inzwischen erfolgt die Wärmeerzeugung über eine erdgekoppelte Wärmepumpenanlage, die nur in Spitzenphasen durch die Gaskessel unterstützt wird. Das Lichtkonzept sieht die primäre Nutzung von Tageslicht vor und basiert auf geänderten Grundrissen sowie dem Einbau von Lichtschächten. In die Scheibenzwischenräume der Kastenfenster sind Lamellen-Jalousien integriert, die für Schatten und Blendschutz sorgen. Falls tageslichtbedingt künstliches Licht benötigt wird, erfolgt die Zuschaltung automatisch. Damit nach Schulschluss keine Lampe unnötig weiterbrennt, wird die Lichanlage zentral abgeschaltet.



Gute Idee – viele Unterstützer

Durch den Umbau des gesamten Gebäudekomplexes werden – im Vergleich zum unsanierten Zustand – jährlich etwa 100 Tonnen CO₂ eingespart. Das Projekt ist beispielhaft für einen gelungenen Kompromiss zwischen Denkmalschutz und energetischer Sanierung. Die fast 90 Jahre alte Turnhalle bietet trotz Erhalt der Holzdeckenstruktur jetzt beste Voraussetzungen für den Sportunterricht. Die Sanierung der Friedrich-Fröbel-Förderschule kostete rund 8,8 Millionen Euro. Die Finanzierung erfolgte zu insgesamt 80 Prozent mit Fördermitteln des Bundes, der Europäischen Union und des Freistaates Sach-



sen sowie zu 20 Prozent aus Eigenmitteln des Landkreises in Höhe von rund 1,85 Millionen Euro. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie unterstützte die energetischen Maßnahmen im Rahmen des Projektes „EnOB – Forschung für Energieoptimiertes Bauen“. Der Umbau und die Sanierung nach der „Förderrichtlinie Schulhausbau“ des Freistaates Sachsen wurde finanziert aus Mitteln des „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)“ der Europäischen Union. Der Projektteil Sporthalle und Außenanlagen wurde nach der „Förderrichtlinie Schulhausbau“ mit Landesmitteln des Freistaates Sachsen gefördert.



Historische Sporthalle



Auf einen Blick

Gebäudenutzung	Förderschule
Zeitraumen	Juli 2007 bis Dezember 2010
Nutz- bzw. Bruttofläche	8.359 m ² Bruttogeschossfläche 6.600 m ² beheizte Nettogrundfläche (Energiebezugsfläche)
Gebäudehülle	Niedrigenergiehaus im Denkmalschutz, Dämmschichtdicke 7 cm (maximale Aufbauhöhe bei dieser Art denkmalgeschützter Fassade)
Anlagentechnik	Passive Kühlung, hybride Lüftung, Tageslichtnutzung
Einsatz erneuerbare Energien	Umweltwärme (Erdwärme plus Gas-Absorptionswärmepumpe)
Heizenergiebedarf	34,8 kWh (m ² /Jahr)
Hilfsstrombedarf	0,1 kWh (m ² /Jahr)
Primärenergiebedarf für Heizung	34,7 kWh (m ² /Jahr) (Wärmeerzeugung durch Gas-Absorptionswärmepumpe, Spitzenlast durch Brennwärtekessel)
Primärenergiebedarf gesamt (incl. Lüftung, Beleuchtung)	50,6 kWh (m ² /Jahr)
CO ₂ -Vermeidung	Ca. 100 Tonnen CO ₂ pro Jahr
Weiteres	Hoher Schallschutz für eine bessere Lernatmosphäre, Barrierefreiheit, Berücksichtigung des Denkmalschutzes, kompakte Sportanlagen an der Schule



Ziel erreicht

Eine Schule, die Schule macht

Aufgrund der Komplexität des Sanierungsprojektes setzte der Landkreis auf eine wissenschaftliche Begleitung und Beratung. Daran beteiligt waren der Fachbereich Bauwesen der Hochschule Zittau/Görlitz, das Institut für Bauklima der Technischen Universität Dresden sowie das Institut für Thermodynamik, ebenfalls TU Dresden. Als beratende und ausführende Ingenieurbüros beteiligten sich die AIZ Bauplanungsge-

sellschaft mbH (Objekt- und Freianlagenplanung), das Ingenieurbüro Amthor (Heizung, Lüftung) sowie das Ingenieurbüro Ickrath (Elt, GLT, Beleuchtung). Auf diese Weise konnten neueste energetische Erkenntnisse und innovative Verfahren eingesetzt werden.

Die Sanierungsmaßnahmen sind wissenschaftlich dokumentiert. Wesentliche Teile des Energiekonzeptes sind für die Schüler unmittelbar erfahrbar, wie z.B. Lüftung, passive sommerliche Kühlung, Beleuchtungsregelung, Verschattung. Die aktuellen Verbrauchswerte werden erfasst und sind über spezielle Computer einsehbar. Zurzeit wird daran gearbeitet, die Werte über das Internet für jedermann zugänglich zu machen, so dass Schüler, Lehrer, Eltern und die interessierte Öffentlichkeit die Modernisierung und Energieeffizienz des Schulgebäudes jederzeit nachvollziehen können.

Ansprechpartner:

Dieter Peschel Amtsleiter Hoch- und Tiefbau, Landkreis Görlitz
 Telefon: 03588/285793 E-Mail: dieter.peschel@kreis-gr.de

Drei Fragen ...

an den Landrat des Landkreises Görlitz,
Bernd Lange



1

Welche Rolle spielt das Projekt „Energetische Sanierung Schulkomplex Olbersdorf“ für den Klimaschutz in Ihrer Kommune?

Das Projekt zeigt am Beispiel des Schulkomplexes Olbersdorf eine energetisch vorbildhafte Sanierung. Mit seinen zukunftsweisenden, energetischen Maßnahmen dient das Objekt als Vorzeigeprojekt für den Klimaschutz im Landkreis und der Bildung unserer Kinder. An einem in schulischer Nutzung befindlichen Objekt wird Energieeffizienz in der Praxis dargestellt und unserem Nachwuchs nahegebracht. Darüber hinaus wurde erstmals im Landkreis eine solche energetische Sanierung an einem denkmalgeschützten Gebäude mit umfassendem Monitoring und anschließender Evaluierung durchgeführt. Das Projekt zeigt insgesamt, dass energetische, wirtschaftliche und denkmalpflegerische Ansätze nicht zwingend sich gegenseitig konkurrierende Zielstellungen sein müssen. Es ist gelungen, bei einem Gebäude von denkmalpflegerischer Qualität den CO₂-Ausstoß und die Betriebskosten erheblich zu senken.

>>>

2

Was bedeutet die Auszeichnung für den Landkreis Görlitz?

Die Auszeichnung ist ein weiterer, nach außen hin sichtbarer Beweis unserer Anstrengungen auf dem Gebiet des Klimaschutzes und fügt sich nahtlos an die Auszeichnung mit dem „European Energy Award“ (eea) als erster Landkreis in den neuen Bundesländern an. Die Wettbewerbsauszeichnung ist gleichzeitig ein Ansporn, weitere energetische Projekte zu realisieren und sich damit an dem wichtigen Zukunftsthema „Klimaschutz“ aktiv zu beteiligen.

3

Wo ist der Landkreis Görlitz noch im Klimaschutz aktiv?

Der Landkreis Görlitz ist als zweiter Kreis deutschlandweit in den „eea-Prozess“ eingestiegen. Mit dem „European Energy Award“ wurde ein leistungsfähiges Instrument für effektiven Klimaschutz etabliert, das gleichzeitig die Klammer für unsere strategische Energiearbeit bildet. Besonders aktiv ist der Landkreis bei der Steigerung der Energieeffizienz und dem Ausbau erneuerbarer Energien. Bei der Stromversorgung erreichen wir schon heute eine Deckung aus regenerativen Energien von mehr als einem Drittel des Bedarfs. Aber auch weitere Leuchtturmprojekte werden bzw. wurden realisiert. So zum Beispiel auch die erste Dorfheizung im Kreis auf Basis erneuerbarer Energien, die erste Biomethanproduktion oder der Anschluss einer städtischen Fernwärmeversorgung an ein Bioheizkraftwerk, um nur einige größere Projekte zu nennen. Der jährliche Ausbau der Photovoltaikanlagen bewegt sich seit Jahren im Megawattbereich und weitere Projekte befinden sich in der Planungsphase. Auch klimaschutzrelevante Bildung wird in vielen Schulen und Kindergärten angeboten und mit großem Interesse angenommen.

Die Begründung der Jury

Mit der Sanierung des Olbersdorfer Schulkomplexes zeigt der Landkreis Görlitz, dass energetisch effiziente Lösungen auch im Bereich des Denkmalschutzes möglich sind. Gleichzeitig tragen die innovativen und besonders energieeffizienten Technologien dazu bei, ein optimales Lernumfeld zu schaffen.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den der Landkreis Görlitz die Auszeichnung im Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2011“ erhält.



*Das Team aus dem Landkreis Görlitz bei der Preisverleihung in Berlin:
v. l. Prof. Dr.-Ing. Jens Bolsius, Hochschule Zittau/Görlitz; Fred Milke, AIZ Bauplanungs
gesellschaft mbH; Dieter Peschel, Landkreis Görlitz; Landrat Bernd Lange; Bundesumwelt
minister Dr. Norbert Röttgen; Christian Schramm, Deutscher Städte und Gemeindebund;
Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik*

Noch eine letzte Frage an den Landrat:

Wie verwendet der Landkreis Görlitz das Preisgeld von 40.000 Euro?

Im Rahmen eines zweiten Bauabschnittes der energetischen Sanierung des Schulkomplexes Olbersdorf wird das Ganztagesangebot „Grünes Klassenzimmer“ umgesetzt. Die Maßnahme beinhaltet einen baulichen Teil und einen lernpädagogischen Teil mit Lernmöglichkeiten zu regenerativen Energien und Klimaschutz im Allgemeinen.

Im Kontext zu dem Gesamtkonzept der energetischen Sanierung des Schulgebäudes wird die Umsetzung eines ganzheitlichen Ansatzes verfolgt, mit der Zielstellung, die Schüler den Klimaschutz am praktischen Beispiel der eigenen Schule erleben zu lassen.

Passivhausprojekt: Bürgerhaus Hillesheim

Ortsgemeinde Hillesheim
Landkreis Mainz-Bingen
Rheinland-Pfalz
ca. 650 Einwohner





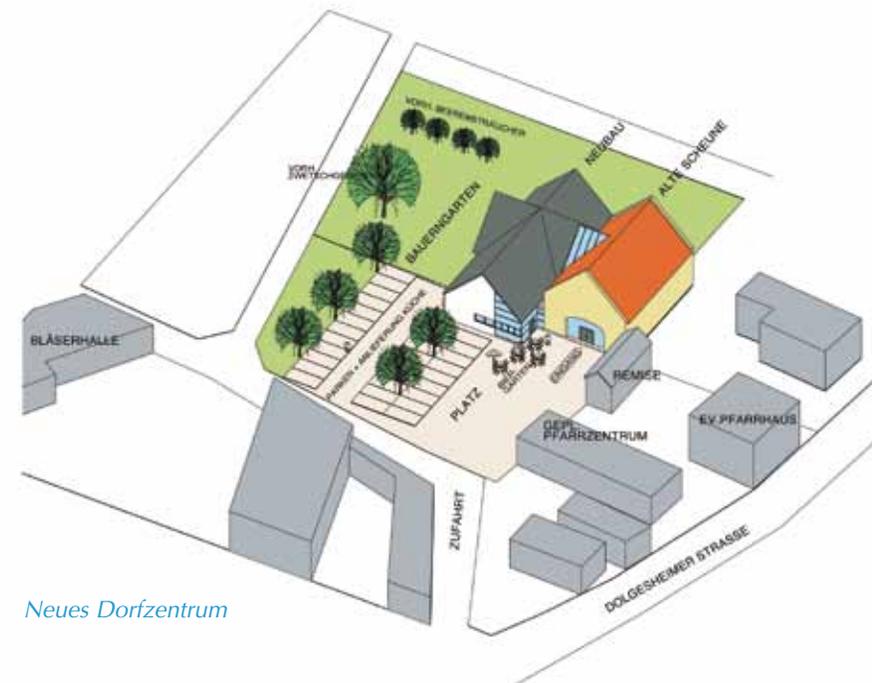
Kleine Gemeinde baut ökologisch und zukunftsweisend

Lange Zeit stand den rund 650 Einwohnern der Dorfgemeinde Hillesheim für Versammlungen, Bürgeraktivitäten und das Vereinsleben nur ein überalterter Hallenbau aus den 1960er Jahren zur Verfügung, der sich in einem sehr schlechten Zustand befand. Im Zuge der Dorferneuerung beschlossen die Hillesheimer im Jahr 2003, Abhilfe zu schaffen. 14 Vereine, die Kinder der Gemeinde, Jugendliche und Erwachsene sollten wieder einen adäquaten Raum für ein gemeinsames Dorfleben bekommen.

2005 fiel der Startschuss für konkrete Planungen, als die Gemeinde eine alte Scheune in zentraler Lage erwerben konnte. Gleichzeitig bekam sie das Angebot, im Rahmen einer Erbpacht-Lösung auf ein Nachbargrundstück der Evangelischen Kirche zuzugreifen. Planungsziel war, neben der Schaffung eines multifunktionalen Gebäudes für unterschiedlichste Anlässe, ein energetisch sinnvolles und damit kostensparendes Gebäude zu konzipieren.

Der Primärenergiebedarf und CO₂-Ausstoß sollte im späteren Betrieb des neuen Bürgerhauses so

gering wie möglich sein. Die Architektin und Hillesheimer Bürgerin Marion Prowald-Dapprich schlug einen Neubau in Passivhaus-Bauweise sowie den Erhalt und die bauliche Integration der alten Scheune vor. Eine Idee, die überzeugte, da es sich in dem von ländlichen und historischen Gebäuden dominierten Hillesheimer Ortskern anbot, die alte Scheune zu erhalten.



Neues Dorfzentrum



Vision des Neubaus

„Haus im Haus“ als Mittelpunkt des Dorflebens

Durch die Verschmelzung der Scheune mit einem Neubau konnte ausreichend Raum geschaffen werden, denn nur so ließ sich eine multifunktionale Nutzung vom Kinderturnkurs über Gemeindeversammlungen bis hin zu Seniorentreffs und Dorffesten erreichen. Es entstand eine „Haus-in-Haus-Lösung“, bei der man den neuen Gebäudeteil frei in den Scheunenraum stellte. So blieb das alte Gemäuer im Foyer des Bürgerhauses sichtbar und erlebbar. Der klassische Grundriss des Versammlungsraumes, der besonders gut an der Dachkonstruktion mit sehr reduzierten Stahlbindern ablesbar ist, schafft einen klaren, ruhigen Innenraum. Der Saal bietet 180 Besuchern Platz. Die Einplanung einer

Küche ermöglicht Bewirtungen. Eine bewegliche Trennwand erlaubt die Aufteilung des Gebäudekomplexes und damit die gleichzeitige Doppelnutzung.

Bei der Ausführung des energetischen Konzeptes holten sich die Hillesheimer Rat beim „Passivhaus Institut Darmstadt“ (PHI), einer unabhängigen Forschungseinrichtung. Der energetisch optimale Ausbau des Neubaus stellte kein Problem dar, doch es tat sich die Frage auf, ob der Umbau der Scheune im Passivhausstandard

Harmonische Symbiose



machbar war. Vor allem die Grundmauern des alten Gebäudes – zwischen Erweiterungsbau und den neuen Räumen – brachten erhebliche Wärmebrücken im Boden- und Dachbereich mit sich. Im Ergebnis wäre ein Ausbau der Scheune im Passivhausstandard nicht mit vertretbarem Aufwand erreichbar gewesen. Das Institut empfahl daher die Sanierung mit Passivhaus-Komponenten unter Berücksichtigung energieeffizienter Maßnahmen. Das PHI unterstützte in der Planungsphase außerdem bei Themen wie Luftdichtheit, Feuchteschutz und Lüftung mit Wärmerückgewinnung.

Im Juni 2007 war es soweit, die Planungen waren abgeschlossen und der erste Spatenstich konnte gemacht werden. Der Neubau wurde aus 30 Zentimeter starken Kalksandsteinen, versehen mit einem ebenfalls 30 Zentimeter starkem Wärmedämmverbundsystem, errichtet. Die Zwischenwände der Haus-in-Haus-Konstruktion erhielten eine Ausblasdämmung, die Fußböden eine 28- bis 40-Zentimeter starke Dämmschicht. Damit hat die Isolierung des neuen Bürgerhauses Passivhausstandard. Gleiches gilt für entsprechend ausgeführte Fenster und Türen. Zwei Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung sor-





Neue Dachflächen nutzen

gen für ein angenehmes Raumklima. Die Warmwasserbereitung und der Restwärmebedarf werden über eine Wärmepumpe mit Erdsonden gedeckt. Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach des Neubaus liefert nicht nur den gesamten Strom für das Bürgerhaus, sie ist so effektiv, dass noch Energie ins Netz eingespeist werden kann. Auch beim Innenausbau wurde auf ökologische Effizienz geachtet: Alle Leuchten sind Energiesparleuchten, die sich über Zwei-Phasen-Abschnittsdimmer regulieren lassen. Das bedeutet, dass bei geringerer Beleuchtung auch weniger Energie benötigt wird. Eine zentrale Schaltung verhindert Stand-by-Verluste.

Ärmel hochkrepeln für den Klimaschutz

Die sorgfältige Planung und Umsetzung des Projektes hat den neuen Gemeindebau zu einem wirklichen „Klimaschutz-Bürgerhaus“ werden lassen: Pro Jahr werden jetzt 8,1 Tonnen CO₂ eingespart. Besonders stolz können die Hillesheimer auf ihre Eigeninitiative sein: Mit mehr als 8.500 freiwilligen Arbeitsstunden beteiligten sie sich aktiv am Bau. Handwerker brachten ihr Know-how ein und jeder, der Zeit hatte, mauerte oder schreinerte mit. So entstand ein Versammlungshaus von Bürgern für Bürger.

Die Baukosten beliefen sich auf rund 1,5 Millionen Euro. Davon erbrachte die Gemeinde 370.000 Euro aus eigenen Mitteln. Die freiwilligen

Bürgerschaftliches Engagement





*Lüftung mit
Wärmerückgewinnung*

lige Arbeitsleistung der Hillesheimer Bürger lässt sich mit etwa 180.000 Euro beziffern. Aus dem Dorferneuerungsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz kamen 783.000 Euro. Weitere Fördermittel in Höhe von knapp 11.000 Euro kamen aus dem Umweltministerium des Landes Rheinland-Pfalz für die Projektbetreuung und Beratung durch das „Passivhaus Institut“.

Darüber hinaus erhielt die Gemeinde 21.000 Euro aus dem Programm für energieeffiziente Neubauten des Landes Rheinland-Pfalz für eine Geothermie-Anlage und eine Wärmepumpe. Die Restsumme in Höhe von rund 135.000 Euro wurde über ein Darlehen finanziert.



Auf einen Blick

Gebäudenutzung	Bürgerhaus
Zeitraumen	Planungsphase ab 2005 Baubeginn Juni 2007 Einweihung Mai 2011
Nutz- bzw. Bruttofläche	512 m ² bzw. 683 m ²
Gebäudehülle	Neubau: Passivhausstandard Altbau (Scheune): Passivhaus-Komponenten
Anlagentechnik	Lüftung mit Wärmerückgewinnung, Wärmepumpe mit Erdsonden; Beleuchtung: Energiesparlampen mit Dimmung und Zentralsteuerung
Einsatz erneuerbare Energien	Erdwärme, Photovoltaikanlage (15,4 kW _p)
Heizenergiebedarf	9,3 kWh (m ² /Jahr)
Heizwärmebedarf	28 kWh (m ² /Jahr)
Primärenergiebedarf	34 kWh (m ² /Jahr)
Stromverbrauch	2.500 kWh/Jahr für Beleuchtung
CO ₂ -Vermeidung	Ca. 8,1 Tonnen CO ₂ /Jahr
Weiteres	Rund 8.500 Stunden freiwillige Arbeitsleistungen der Hillesheimer Bürger



*Gelungenes
Gemeindezentrum*

42

Am Anfang war Überzeugungsarbeit nötig

Das Vorhaben, das neue Bürgerhaus im Passivhausstandard zu errichten, betrachteten viele Hillesheimer zunächst skeptisch. Eine Versammlungsstätte ohne Heizungsanlage – wie sollte das funktionieren? Energie sparen, dazu sagten die Bürger ja, aber nur, wenn ausreichender Nutzungskomfort gesichert war.

Ortsbürgermeister und Gemeinderat trafen nach viel Aufklärungsarbeit durch die Planerin hier die richtigen Entscheidungen. Sie gingen über diese Bedenken und Meinungen nicht einfach hinweg, sondern erläuterten ihr Konzept, bezogen die Bürger in Form des eigens gegründeten „Arbeitskreises Bürgerhaus“ in Entscheidungsprozesse mit ein und informierten sie bei einer Auftaktveranstaltung über die Pläne. Wichtig für die Überzeugung der Bürger war die Tatsache, dass die Verantwortlichen voll und ganz hinter den Plänen standen. So konnten skeptische Bürger in persönlichen Gesprächen für den Umbau gewonnen werden. Die Überzeugungsarbeit ist gelungen: Die anfänglichen Vorbehalte dem Passivhaus gegenüber wichen zunehmender Begeisterung, und immer mehr Hillesheimer beteiligten sich schließlich aktiv am Bau.

Ansprechpartner:

Helmut Schmitt Ortsbürgermeister der Gemeinde Hillesheim
Telefon: 06733/1453 E-Mail: helmutschmitt@t-online.de

Drei Fragen ...

an den Bürgermeister von Hillesheim,
Helmut Schmitt



1

Welche Rolle spielt das „Passivhausprojekt: Bürgerhaus Hillesheim“ für den Klimaschutz in Ihrer Kommune?

Durch dieses Projekt wurde das Thema Klimaschutz in unsere Gemeinde und in das Bewusstsein der Bürger getragen. Die Verantwortlichen der Ortsgemeinde haben Hand in Hand mit den Bürgern ein Klimaschutzprojekt auf die Beine gestellt, das wortwörtlich im Zentrum der Gemeinde steht.

Zwar konnte sich zunächst niemand vorstellen, wie man ein solches Gebäude mit Erdwärme beheizen kann. Doch die Bürger waren interessiert und haben nachgefragt, wie so etwas funktioniert. Durch dieses Projekt wurden sie von der Technik überzeugt und zugleich sensibilisiert, eigene Überlegungen für Sanierungen bzw. Modernisierungen ihrer Eigenheime anzustellen.

>>>

2

Was bedeutet die Auszeichnung für Hillesheim?

Was diese Auszeichnung für unsere kleine Gemeinde bedeutet, kann man eigentlich nicht in Worte fassen. Doch durch die Prämierung im bundesweiten Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ ist uns erst so richtig bewusst geworden, dass wir etwas „Besonderes“ mit unserem Bürgerhaus geschaffen haben. Auch ist diese Auszeichnung eine Bestätigung für unsere enorme Eigenleistung, die wir erbracht haben. Auf diese Anerkennung können alle Bürger stolz sein.

3

Wo ist Hillesheim noch im Klimaschutz aktiv?

Neben dem Bau des Bürgerhauses als Passivhaus war für die Gemeinde auch das Thema energieeffiziente Außenbeleuchtung von Bedeutung. Daher haben wir zur Beleuchtung des Vorplatzes und der Parkplätze vor dem Bürgerhaus moderne LED-Leuchten installiert. Auch die alte Straßenbeleuchtung soll nun im Zuge von Straßensanierungsmaßnahmen auf LED-Technik umgestellt werden.

Zudem gewinnt das Thema erneuerbare Energie für die Gemeinde an Bedeutung; so ist bereits ein erstes Windkrafttrad in Hillesheim errichtet worden.

Im Hinblick auf die Entwicklung und Gestaltung unserer Gemeinde haben wir uns entschieden, „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ zu betreiben, um so den alten Ortskern zu erhalten, aber auch auf der anderen Seite den Flächenverbrauch für ein Neubaugebiet soweit wie möglich zu vermeiden. Auch dies ist ein Beitrag zum Klimaschutz in unserer Gemeinde.

Die Begründung der Jury

Mit der energetischen Sanierung einer leerstehenden Scheune in Kombination mit einem Anbau in Passivhausbauweise hat die Ortsgemeinde Hillesheim ein innovatives und energieeffizientes Versammlungsgebäude geschaffen und damit gezeigt, dass auch kleine Gemeinden ökologisch und zukunftsweisend bauen können. Besonders hervorzuheben ist das Engagement der Bürger, die mit rund 8.500 Arbeitsstunden Eigenleistung erheblich zum Erfolg beigetragen haben.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den die Gemeinde Hillesheim die Auszeichnung im Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2011“ erhält.



*Das Team aus Hillesheim bei der Preisverleihung in Berlin:
v. l. Steffen Räder, Marita Weber, Ortsgemeinde Hillesheim; Marion Prowald-Dapprich, Architektin; Christina Beutel, Friedhelm Beutel, Uli Weber, Oliver Riedel, Ortsgemeinde Hillesheim; Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen; Ortsbürgermeister Helmut Schmitt; Frank Schmitt, Ortsgemeinde Hillesheim; Christian Schramm, Deutscher Städte und Gemeindebund; Konstantin Rörig, Christina Christmann, Sven Beutel, Ortsgemeinde Hillesheim; Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Peter Christmann, Ortsgemeinde Hillesheim*

Noch eine letzte Frage an den Bürgermeister:

Wie verwendet Hillesheim das Preisgeld von 40.000 Euro?

Das Preisgeld bietet gerade für eine kleine Gemeinde, wie wir es sind, neue Handlungsmöglichkeiten. Mit dem Preisgeld können wir in Hillesheim gleich drei Klimaschutzmaßnahmen anstoßen: Um unser Bürgerhaus ins richtige „Licht“ zu rücken, möchten wir auf jeden Fall einen Teil des Preisgeldes in den weiteren Ausbau der LED-Beleuchtung investieren. Zudem soll der Hillesheimer Kindergarten vom Preisgeld profitieren, indem wir dort Maßnahmen zur Wärmedämmung umsetzen.

Als dritter Punkt ist zu überlegen, wie wir auch unsere Bürger belohnen können. Dies könnte durch Beratungsleistungen für energieeffiziente Sanierungen und Modernisierungen von Altbauten geschehen – gemäß dem im Rahmen der Flächennutzungsplanung beschlossenen Leitgedanken „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“.

Die Preisträger



Kategorie 2

Innovative und vorbildliche Strategien zur Umsetzung des kommunalen Klimaschutzes, durch die zum Beispiel besonders tragfähige Modelle zur Kooperation mit anderen Kommunen (interkommunale Kooperation, Regionen) oder mit der Privatwirtschaft, Handwerksbetrieben, dem Einzelhandel, Verbänden, Bürgerinitiativen etc. realisiert werden konnten.

Stadtinternes Contracting in Stuttgart

Landeshauptstadt Stuttgart
Stadtkreis
Baden-Württemberg
ca. 580.000 Einwohner



LANDES-
HAUPTSTADT
STUTT GART



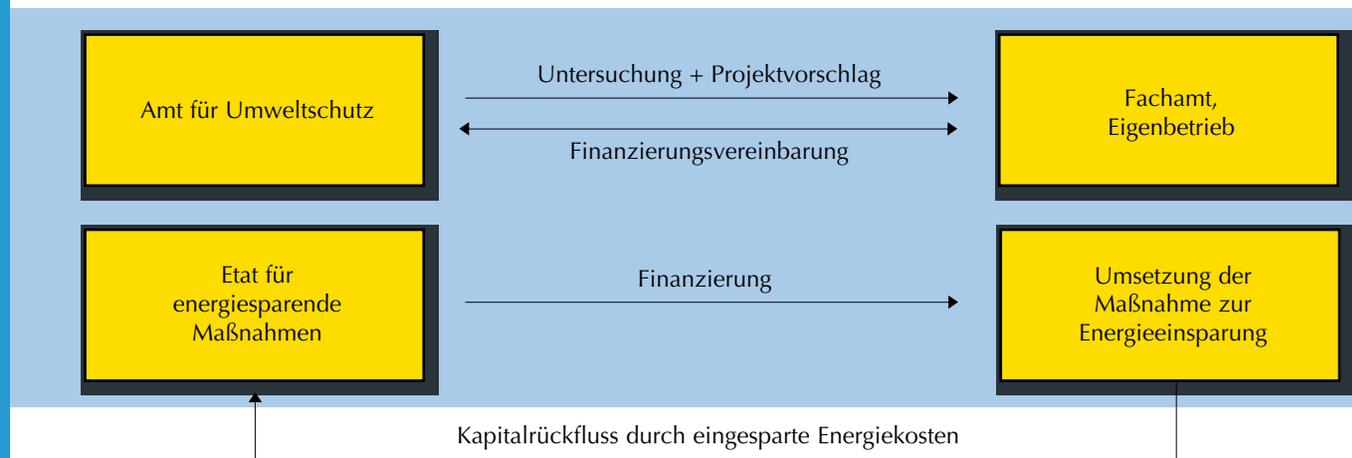
Ämterübergreifende Finanzierung von Klimaschutzprojekten

In Sachen Klimaschutz schlägt die Landeshauptstadt Stuttgart zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie spart Energie und schafft zugleich Investitionsspielräume. Der Schlüssel dazu ist ein von der Stadt entwickeltes Finanzierungsmodell für Klimaschutzmaßnahmen, das so genannte stadtinterne Contracting.

Mit diesem Modell finanziert das Amt für Umweltschutz städtischen Ämtern und Eigenbetrieben technische und bauliche Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung vor. Die durch

die Effizienzmaßnahme eingesparten Energiekosten fließen aus dem jeweiligen Ämterbudget so lange an das Amt für Umweltschutz zurück, bis die Investition vollständig abbezahlt ist. Ab diesem Zeitpunkt wird der städtische Haushalt mit den weiteren Einsparungen entlastet und das Umweltamt kann sein „Contracting-Budget“ wieder für neue Klimaschutzprojekte einsetzen. Auf diese Weise bleiben die Finanzmittel der Stadt dauerhaft für energetische Sanierungsmaßnahmen und damit auch für den Klimaschutz erhalten.

Prinzip des stadtinternen Contractings



Die Idee hat sich über Jahre hinweg bewährt. 1995 hat das Umweltamt Stuttgart gemeinsam mit der Stadtkämmerei das stadtinterne Contracting entwickelt, um die Anzahl an Projekten zur Energie- und Wassereinsparung deutlich zu erhöhen und zeitnah umsetzen zu können. Mit der Methode der Vorfinanzierung durch das Umweltamt können kontinuierlich Maßnahmen realisiert werden, unabhängig von haushaltstechnischen Engpässen. Bis 2010 betrug das Budget des Umweltamts für stadtinterne Contracting-Projekte 7,6 Millionen Euro. Bis Ende 2010 sind Projektinvestitionen in Höhe von 10,5 Millionen

Ämterübergreifende Kooperation



Euro ausgelöst worden, das heißt, die Mittel sind in dieser Zeit bereits zum zweiten Mal für Energieeffizienzmaßnahmen eingesetzt worden. Die dadurch erreichten Energiekosteneinsparungen können sich sehen lassen. Bis 2010 wurden insgesamt 12,6 Millionen Euro eingespart. Damit hat die Stadt einen „Nettogewinn“ von 5,1 Millionen Euro erzielt. Wie die Bilanz zeigt, ist die Idee des innerstädtischen Finanzierungsmodells aufgegangen. Deshalb wurde das Projektbudget bereits für 2010 und 2011 um insgesamt 2,5 Millionen Euro auf knapp neun Millionen erhöht. Für 2012 und 2013 hat der Gemeinderat eine weitere Aufstockung um insgesamt vier Millionen Euro beschlossen. Mit diesem Budget möchte die Stadt im Rahmen der Bauunterhaltung notwendige Gebäudesanierungen mit einer energetischen Sanierung verknüpfen.

9.000 Tonnen CO₂ jährlich sparen

Kostenersparnis und Schonung der Stadtkasse sind die eine Sache, die andere ist der Mehrertrag für den Klimaschutz. Durch die bisherigen





*Thermische Solaranlage
zur Warmwasserbereitung*

Contracting-Projekte hat die Stadt Stuttgart eine CO₂-Einsparung von knapp 9.000 Tonnen pro Jahr erreicht. Insgesamt wurden 78.000 Tonnen CO₂, 16.400 Megawattstunden Wärme, 4.500 Megawattstunden Strom und 35.000 Kubikmeter Wasser eingespart.

Die Tatsache, dass Kommunen beim Thema Energieeinsparung und Effizienzsteigerung mit ihren eigenen Liegenschaften eine Vorbildfunktion einnehmen, haben die Verantwortlichen der Stadt Stuttgart schon früh erkannt. Bereits Mitte der 1970er Jahre ist eine eigene „Energieabteilung“ im Amt für Umweltschutz gegründet worden. In den folgenden Jahren wurden die kommunalen Gebäude systematisch analysiert und auf den Ergebnissen aufbauend investive Maßnahmen zur Gebäudesanierung entwickelt. Die zur Umsetzung notwendigen Finanzmittel wurden ab 1995 über das interne Contracting bereitgestellt. Der Vorteil gegenüber dem verbreiteten, externen Contracting liegt darin, dass weder Abhängigkeitsverhältnisse noch umständliche Abstimmungsprozesse entstehen. Durch das Umweltamt als „Contractor“ bleibt die volle

Entscheidungsfreiheit über Ausstattung und Betrieb der zu sanierenden Gebäude bei der Stadt. Dabei wurden die meisten Maßnahmen im Zuge der energetischen Betreuung der stadteigenen Liegenschaften im Rahmen des Energiemanagements entwickelt. Aber auch die für die Gebäude zuständigen Ämter sind auf das Amt für Umweltschutz zugekommen, um Einsparmaßnahmen anzustoßen. Welche Projekte in den Genuss der Vorfinanzierung kommen, bestimmt die Abteilung für Energiewirtschaft. Bei konkurrierenden Projekten entscheidet die Kapitalrückflusszeit darüber, welche Maßnahme Vorrang hat – ganz nach dem Motto, je schneller die Mittel wieder verfügbar sind, desto besser. Wenn Mittel bereitgestellt werden, schließt das Umweltamt mit dem verantwortlichen Amt eine schriftliche Vereinbarung über das Projektvolumen sowie über Höhe und Zeitraum des Mittelrückflusses ab.

Entwickelt wurde das Finanzierungsmodell in Zusammenarbeit mit der Stadtkämmerei. So konnte eine finanztechnisch korrekte Abwicklung sichergestellt werden. Selbstverständlich



Sanierte Straßenbeleuchtung

musste auch der Stadtrat „grünes Licht“ geben. Kontinuierlich wird das Contracting-Modell überprüft und an Veränderungen im Finanzbereich, wie die Umstellung auf Doppik oder in der Ämterstruktur, angepasst. Die Federführung und die Verantwortung hierfür obliegt dem Amt für Umweltschutz unter Beachtung der Zuständigkeiten.

Ein Budget für viele Projekte

In der Zeit von 1995 bis heute wurden mehr als 270 Contracting-Vereinbarungen abgeschlossen. Auf die Ämter entfielen 207 Vereinbarungen und auf die Eigenbetriebe 66. Die Höhe der Investitionen reicht von wenigen Tausend Euro, etwa für Beleuchtungssanierungen, bis hin zu einer Million Euro, etwa für den Einsatz von Blockheizkraftwerken. Zurzeit werden vorwiegend Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie umgesetzt. Beispielsweise hat das Amt für Liegenschaften und Wohnen mit dem stadtinternen Contracting über 30.000 Quadratmeter oberste Geschossdecken im Gebäudebestand gedämmt und die Investitionskosten in Höhe von 419.000 Euro bereits nach rund vierein-

halb Jahren abbezahlt. Im Durchschnitt liegt die Rücklaufquote der Contracting-Projekte bei sieben Jahren.

Neben der Reduktion des Energieverbrauchs gewinnt auch der Einsatz von erneuerbaren Energien an Stellenwert. Die Stadt betreibt derzeit mehr als 45 Anlagen, die allesamt vom

Mit Baum-, Hecken- und Grünschnitt heizen



Umweltamt vorfinanziert wurden bzw. werden: Holzhackschnitzel- und Holzpellettheizungen, Wärmepumpen, Photovoltaikanlagen, Solaranlagen zur thermischen Warmwasserbereitung und zur Lüfterwärmung, Solarabsorber sowie Blockheizkraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zur kombinierten Strom- und Wärmeerzeugung aus Klärgas.

Durch den Austausch alter Leuchten und Leuchtmittel auf hocheffiziente Leuchten mit Natriumhochdrucklampen bzw. LED wird eine Stromverbrauchsreduzierung erreicht. Die Umrüstung erfolgt laufend und wird unter anderem mit Mitteln aus dem stadtinternen Contracting finanziert. Zur Wassereinsparung wurden unter anderem Regenwasserzisternen gebaut. Durch den Einbau einer Wasserwiederaufbereitungsanlage in der Waschanlage für LKW-Nutzfahrzeuge konnte ebenfalls Wasser eingespart werden.

Der Erfolg des „Stuttgarter Modells“ machte schnell von sich reden. Auf Tagungen oder in Publikationen wird rege über das findige Finanzierungsinstrument durch Bürgermeister und Stadtverwaltung berichtet. Entsprechend hoch



Auf einen Blick

Projekt	Stadtinternes, ämterübergreifendes Finanzierungsinstrument zur Umsetzung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung
Ziele	Schnelle Umsetzung von wirtschaftlichen Klimaschutzmaßnahmen städtischer Ämter und Eigenbetriebe, unabhängig von der städtischen Haushaltslage
Zeitraumen	Einführung 1995
Kooperationspartner	Contractor: Amt für Umweltschutz, Contractingnehmer: städtische Ämter und Eigenbetriebe
Angebot	Das Amt für Umweltschutz finanziert städtischen Ämtern und Eigenbetrieben Energieeffizienzmaßnahmen vor. Diese zahlen die durch die Maßnahmen erzielten Kosteneinsparungen so lange an das Umweltamt zurück, bis die Investitionskosten gedeckt sind. Weitere Einsparungen verbleiben im jeweiligen Amt.



Dämmung der obersten Geschosdecke

ist die Nachfrage von anderen Kommunen, die es auf ihre Strukturen übertragen möchten. Die Stadt zählt mittlerweile deutschland- und europaweit 60 Nachahmer. Die Landesregierung in Baden-Württemberg hat auf diesen Zuspruch reagiert und fördert seit 2010 die Einführung eines stadtinternen Contractings über ihr Programm „Klimaschutz-Plus“.



Bedarfsgerechte Anlageneinstellung

Schüler packen mit an

Die städtischen Liegenschaften energetisch zu sanieren ist nur halb so effektiv, wenn die Energie in den Gebäuden nicht bewusst und sparsam verwendet wird. Deshalb fand der Wunsch einiger Schulen, etwas zur Energieeinsparung beizutragen, bei der Stadt sofort Gehör. So haben die Schülerinnen und Schüler von elf Schulen die Dämmung der obersten Geschosdecke in Eigenregie durchgeführt. Eingebunden in den Physikunterricht lernten die Handwerksneulinge den Hintergrund und die praktische Umsetzung der Maßnahme. So wurde im Physikunterricht eine Styroporschneidemaschine entwickelt und bei der Dämmung der obersten Geschosdecke eingesetzt.

Ansprechpartner:

Dr. Jürgen Görres | Abteilungsleiter Energiewirtschaft, Amt für Umweltschutz, Landeshauptstadt Stuttgart
Telefon: 0711/21688668 | E-Mail: juergen.goerres@stuttgart.de

Drei Fragen ...

an den Bürgermeister
für Städtebau und Umwelt von Stuttgart,
Matthias Hahn



1

Welche Rolle spielt das Projekt „Stadtinternes Contracting in Stuttgart“ für den Klimaschutz in Ihrer Kommune?

Ich kann das Modell rundum und ohne Einschränkungen empfehlen, weil es herausgelöst ist aus dem Tagesbetrieb und aus dem Rhythmus der Haushaltsberatungen. Ein Teil der Verwaltung hat sozusagen das Geld, um kurzfristig Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung umzusetzen. Das ist das Wichtige an der Geschichte. Mit Hilfe des stadtinternen Contractings kann so zeitnah auf Änderungen beim Energie- und Wasserverbrauch eingegangen werden. Die damit erreichten Erfolge sprechen für sich. Das zur Verfügung gestellte Geld wird jetzt bereits das zweite Mal für Energie und Wasser sparende Maßnahmen ausgegeben.

>>>

2

Was bedeutet die Auszeichnung für Stuttgart?

Sie zeigt, dass wir mit unseren Bemühungen, Ressourcen zu schonen, Energie einzusparen und Emissionen zu vermindern, auf dem richtigen Weg sind und das stadtinterne Contracting ein weiteres sinnvolles Werkzeug zur Stärkung unserer Anstrengungen ist. Seit 1977 realisiert die Stadtverwaltung Maßnahmen, mit denen die Energie für stadteigene Liegenschaften so rationell wie möglich verwendet und der verbleibende Restbedarf möglichst mit erneuerbaren Energien gedeckt wird. Die benötigte Heizenergie wurde im Vergleich zum Basisjahr des Energiemanagements um 50 Prozent reduziert.

3

Wo ist Stuttgart noch im Klimaschutz aktiv?

Städte und ihre Einwohner spielen bei der Reduzierung der Treibhausgase eine bedeutende Rolle. Denn hier gibt es erhebliche Potenziale, CO₂ und andere Treibhausgase zu mindern. Die Landeshauptstadt Stuttgart hat hierzu schon 1997 ein Klimaschutzkonzept (KLIKS) erarbeitet, das Vorschläge zu Einsparungen in allen Bereichen enthält.

Das Konzept richtet sich jedoch nicht nur an die Stadtverwaltung. Es sind Betriebe, Verkehrsteilnehmer, Hausbesitzer und viele andere mehr angesprochen und aufgefordert, die Umsetzung von Maßnahmen in ihrem Einflussbereich in Angriff zu nehmen. Die Senkung der CO₂-Emissionen in Stuttgart ist nur durch gemeinsame Anstrengungen der Stadt, der Wirtschaft und der Bürger möglich.

Die Begründung der Jury

Mit ihrem „internen Contracting“ hat die Landeshauptstadt Stuttgart ein innovatives und wirkungsvolles Finanzierungsmodell für städtische Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung entwickelt. Das Budget, mit dem das Amt für Umweltschutz energetische Maßnahmen der städtischen Ämter und Eigenbetriebe vorfinanziert, bleibt durch Rückzahlung der eingesparten Kosten dauerhaft erhalten. Auf diese Weise realisiert die Landeshauptstadt kontinuierlich und unabhängig von der aktuellen Haushaltslage kommunale Klimaschutzprojekte.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den die Landeshauptstadt Stuttgart die Auszeichnung im Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2011“ erhält.



*Das Team aus Stuttgart bei der Preisverleihung in Berlin:
v. l. Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Dr. Jürgen Görres,
Landeshauptstadt Stuttgart; Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen;
Bürgermeister für Städtebau und Umwelt Matthias Hahn; Bertram Fleck,
Deutscher Landkreistag*

Noch eine letzte Frage an den Bürgermeister:

Wie verwendet Stuttgart das Preisgeld von 20.000 Euro?

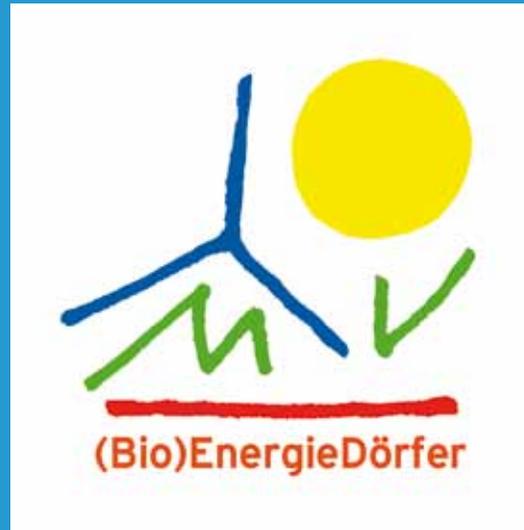
Mit dem Geld können wir unsere Informationskampagne zur Energiewende ausweiten und weitere Maßnahmen im Rahmen des stadtinternen Contractings anstoßen.

Unser Ziel: Noch mehr Bürger sollen sehen, dass sie aktiv zum Klimaschutz beitragen können. Wir planen dazu auch interaktive Medien im Foyer des Rathauses aufzustellen, die beispielsweise anzeigen, wieviel Strom die städtischen Photovoltaikanlagen gerade erzeugen. Auch wird der Weg aufgezeigt, wie die Grün- gutabfälle, die unter anderem Bürger auf den zwei Kompostplätzen anliefern, zu Brennstoff für die Holzhackschnitzelfeuerungen verarbeitet werden. An der Anzeige ist zu erkennen, welche Menge Energie mit diesen Holzhackschnitzeln erzeugt wird.

Darüber hinaus sollen weitere Maßnahmen, wie z.B. weitere Photovoltaikanlagen oder Kleinwindkraftanlagen umgesetzt werden.

Kooperationsnetzwerk (Bio)EnergieDörfer Mecklenburg-Vorpommern

Gemeinde Bollewick
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
Mecklenburg-Vorpommern
ca. 670 Einwohner



Partnerschaft für den Klimaschutz

Die Idee, Kräfte zu bündeln und gemeinsame Klimaschutzziele zu verfolgen, ließ die Gemeinde Bollewick im Jahr 2009 das „Kooperationsnetzwerk (Bio)EnergieDörfer Mecklenburg-Vorpommern“ gründen. Erklärtes Ziel des Netzwerks ist, den für einzelne Kommunen oft schwierigen Weg zum „(Bio)EnergieDorf“ zu ebnen. Alle im Netzwerk zusammengeschlossenen Gemeinden wollen künftig 100 Prozent des Strom- und 75 Prozent des Wärmebedarfs mit lokal verfügbaren und erneuerbaren Energien wie Bioenergie, Solarenergie, Windkraft und Geothermie decken.

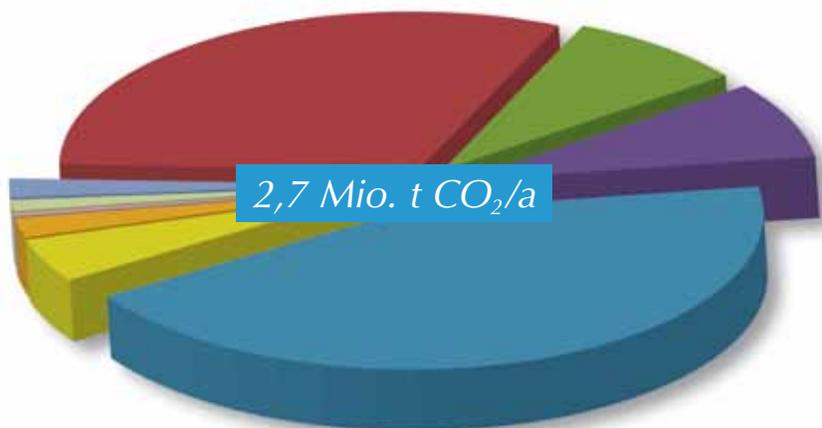
Das Netzwerk möchte innerhalb von zehn Jahren auf 500 „(Bio)EnergieDörfer“ in Mecklenburg-Vorpommern anwachsen und jährlich mehr als 2.700.000 Tonnen CO₂ einsparen. Dabei soll eine Wertschöpfung über den Export erneuerbarer Energien in die Metropolregionen Hamburg und Berlin geschaffen und die Teilhabe der Bevölkerung an den wirtschaftlichen Effekten dieser Entwicklung gesichert werden. Außerdem

möchten die Kooperationspartner den Beweis antreten, dass die Produktion von Bioenergie auf allgemein akzeptable, in ihrer Gesamtheit ökologische, nachhaltige Weise ohne Monokulturen, Geruchsbelästigung oder sonstige Nachteile für die Dorfbewohner möglich ist.



*Kleine Gemeinde
mit großem Engagement*

CO₂-Einsparpotenzial durch 500 (Bio)EnergieDörfer in Mecklenburg-Vorpommern



- 847.991 t CO₂/a ■ BGA; HHS; Öl
- 214.921 t CO₂/a ■ HHS; ST; Öl
- 213.529 t CO₂/a ■ Tiefengeothermie; Öl
- 1.177.500 t CO₂/a ■ Windkraft
- 124.344 t CO₂/a ■ PV Dach (110 Stück pro Dorf)
- 56.520 t CO₂/a ■ PV frei
- 5.338 t CO₂/a ■ LED-Straßenbeleuchtung (100 Stück pro Dorf)
- 26.376 t CO₂/a ■ Hocheffizientenspumpen (300 Stück pro Dorf)
- 56.558 t CO₂/a ■ Bestehende BGA; HHS; Öl

Die Netzwerk-Idee war in Bollewick durch eigene Erfahrungen mit dem Umstrukturierungsprozess entstanden. In der kleinen, ländlichen Gemeinde machten sich bereits Mitte des vergangenen Jahrzehnts die Folgen des Geburtenrückgangs und der Abwanderung – vor allem junger Menschen – in wirtschaftlich attraktivere Ballungsräume bemerkbar. Hinzu kamen eine hohe Arbeitslosenquote, die Veränderung landwirtschaftlicher Produktionsbedingungen, steigende Energiepreise und eine zunehmende Belastung der Umwelt durch CO₂-Emissionen. Einen Lösungsansatz für diese Probleme sah man in der Umwandlung zum „(Bio)EnergieDorf“, kurz „(B)ED“ genannt, und machte sich schließlich als erste Kommune Mecklenburg-Vorpommerns auf diesen Weg.

Doch anfängliche Planungen und Umsetzungsversuche in den Jahren 2006 bis 2008 waren wenig erfolgreich. Die Zusammenarbeit mit großen Investoren scheiterte teils an den Konditionen, teils am drohenden Abhängigkeitsrisiko. Ein Alleingang der Gemeinde hätte eine Vielzahl von Schwierigkeiten bedeutet, denen sich Bollewick kaum gewachsen sah: Es galt technische und finanzielle Fragestellungen zu lösen, bürokratische Hindernisse aus dem Weg zu räumen und Interessenkonflikte zu schlichten. Als einzig sinnvoller Ausweg stellte sich in dieser Situation die Kooperation mit anderen Gemeinden, Organisationen, Landwirten und Unternehmen dar. Der Netzwerk-Gedanke war geboren.

Kooperativer Austausch



Das Netzwerk entsteht Schritt für Schritt

Die Aufgaben, denen sich Bollewick bei der Schaffung eines Kooperationsnetzwerks gegenüber sah, lauteten Aktivitäten bündeln, professionelle Beratungs- und Servicestrukturen organisieren sowie eine kollektive Interessenvertretung aufbauen. Zunächst gelang es, die „Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern“ und einige Bürgermeister anderer Gemeinden für die Idee zu gewinnen. Das „Institut für angewandtes Stoffstrommanagement“ kam für Vorträge und Beratungen hinzu. In einem ersten Schritt legte man ein gemeinsames „(B)ED-Coaching“ auf, bei dem bis heute Potenziale der Gemeinden analysiert und darauf aufbauend „(Bio)EnergieDorf-Konzepte“ definiert werden.

Im Rahmen eines solchen Coachings werden mit Hilfe von Experten Machbarkeitsstudien für die jeweiligen Kommunen erstellt, Fördermöglichkeiten aufgezeigt, fachliche Begleitung vermittelt und die Umsetzung des „(B)ED-Konzeptes“ praktisch unterstützt. Neben der Installierung der Coachings startete das Netzwerk bundesweite Workshops und unternahm Exkursionen zu bereits etablierten „(Bio)EnergieDörfern“ in der Bun-



Energieprojekte zum Anfassen

desrepublik, Österreich und Dänemark. Im Laufe der Zeit erweiterte sich das Mecklenburg-Vorpommersche Netzwerk stetig. Immer neue Kommunen begeisterten sich für den (Bio-)Energie-Gedanken und fanden Unterstützung in der Politik.

Allein im Aktionszeitraum von Anfang 2009 bis Ende 2010 hatten sich bereits 68 Gemeinden zusammengetan. Außerdem schlossen sich nichtkommunale Kooperationspartner an: beispielsweise das „Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern“, der „Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern“, die „Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern“, das „Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V.“, das „Energie-Umwelt-Beratung e.V./-Institut“, das „Kolleg für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung“, die Verbraucherzentrale, der Genossenschaftsverband und landwirtschaftliche oder gewerbliche Unternehmen in den jeweiligen Dörfern.





Startschuss für mehr Bioenergie

Insgesamt verpflichteten sich von 2009 bis Frühjahr 2011 15 feste Kooperationsmitglieder, darunter ab dem Frühjahr 2010 der „Runde Tisch der Ingenieure“ mit derzeit zwölf Institutionen sowie der „Arbeitskreis Energierecht“.

Dank des großen Engagements aller Beteiligten entstand innerhalb von nur zwei Jahren ein von unten gewachsenes, funktionierendes Netzwerk mit enormer Multiplikatorwirkung, das bis heute weiter wächst. In Brandenburg möchten Interessenverbände und Kommunen das Modell übernehmen, und ausländische Partner in Österreich und Norwegen wollen mit dem „Kooperationsnetzwerk (Bio-)EnergieDörfer Mecklenburg-Vorpommern“ zusammenarbeiten. Zwar führen Hin-

dernisse finanzieller und struktureller Art oder Interessenkonflikte auch immer wieder dazu, dass Gemeinden ihre „(B)ED-Pläne“ zurückstellen müssen, doch insgesamt lässt sich eine positive Bilanz ziehen: Kompetente Partner werden gesucht, untereinander vermittelt und tauschen sich über Sachthemen und Erfahrungen aus. Dadurch geben die einzelnen Akteure oder Kommunen nicht so schnell auf und können Hindernisse gemeinsam leichter überwinden.

Eine erfolgreiche Strategie für ein großes Ziel

Das langfristige Ziel des Netzwerks, bis 2019 insgesamt 500 „(Bio)EnergieDörfer“ in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen, ist ein ambitionierter Ausblick in die Zukunft. Doch bereits jetzt sind – neben der Schaffung des Netzwerks selbst – konkrete und beachtliche Ergebnisse erzielt worden.

Im Sommer 2010, eineinhalb Jahre nach Projektstart, befanden sich die ersten vier „(Bio)EnergieDörfer“ in Mecklenburg-Vorpommern in der Umsetzungsphase. Ihre Machbarkeitsstudien abgeschlossen und mit der konkreten Planungsphase begonnen hatten bis dahin vier weitere Gemeinden. Bis 2012, nachdem zusätzliche

Nachwachsende Rohstoffe nutzen



Maßnahmen und Anlagen auch technisch umgesetzt werden können, rechnet das Netzwerk mit zehn Kommunen, die zwischen 50.000 und 75.000 Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen werden.

Die Finanzierung des „(B)ED-Projektes“ erfolgt auf zwei Wegen: zum einen durch die Kommunen selbst, zum anderen durch das Kooperationsnetzwerk. Was den kommunalen Part angeht, so ist jede Gemeinde selbst für die Finanzierung der eigenen Investitionen zuständig. Dafür greift sie auf Eigenmittel, Kommunalkredite und Fördermittel zurück. Soweit die Energieerzeugungsanlagen landwirtschaftlichen Betrieben, gewerblichen Unternehmen, Genossenschaften oder Vereinen gehören, werden sie im Rahmen privater Gelder oder Kredite finanziert und gegebenenfalls zusätzlich öffentlich gefördert.

Die im Rahmen des „(B)ED-Coachings“ erstellten Machbarkeitsstudien wurden in den Jahren 2010 und 2011 zur Hälfte durch Agenda-Mittel der Europäischen Union gefördert. Die andere Hälfte kam aus den kommunalen Haushalten oder weiteren Fördertöpfen.

Was die Kosten der eigentlichen Netzwerk-Aktivitäten anbelangt, konnten Fördermittel der „Akademie für Nachhaltige Entwicklung Meck-



Auf einen Blick

Projekt	„Kooperationsnetzwerk (Bio)EnergieDörfer in Mecklenburg-Vorpommern“
Ziele	Schaffung eines Kooperationsnetzwerks in Mecklenburg-Vorpommern, um möglichst viele Kommunen bei ihrer Entwicklung zum „(Bio)EnergieDorf“ zu unterstützen und den Weg für einzelne Gemeinden zu erleichtern
Zeitraum	seit 2009
Kooperationspartner	Landesministerium, Kommunalverband, Landgesellschaft, Fachinstitute, Verbraucherverbände, Genossenschaftsverband, landwirtschaftliche oder gewerbliche Unternehmen in den jeweiligen Dörfern
Angebot	Coachings, Exkursionen, Informationsveranstaltungen, Machbarkeitsstudien, Expertisen, Aufzeigen von Fördermöglichkeiten, fachliche Begleitung, Kompetenzaustausch



*Energieeffizientes
Dorfzentrum*

lenburg-Vorpommern“ und des „Zukunftsfonds Mecklenburg-Vorpommern“ akquiriert werden. Diese Mittel werden von der „Akademie für Nachhaltige Entwicklung“ verwaltet und für Coachings, Expertisen, Analysen und Veranstaltungen verwendet.

Gut aufgestellt für den Klimaschutz

Als Initiatorin des Kooperationsnetzwerks ist die Gemeinde Bollewick in den letzten Jahren mit gutem Beispiel vorangegangen und hat vielfältige Klimaschutzprojekte auf den Weg gebracht und realisiert. Mit der Installation von Photovoltaikanlagen begannen bereits im Jahr 2007 die ersten kommunalen Investitionen im Bereich

erneuerbarer Energien. Hinzugekommen sind mittlerweile in vier Ortsteilen drei Biogasanlagen – allesamt in der Hand von ortsansässigen, landwirtschaftlichen Familienbetrieben. Diese sollen ab 2012 über ein Nahwärmenetz der Gemeinde die privaten Haushalte und Betriebe Bollewicks sowie den Ortsteil Kambs mit Wärme aus erneuerbaren Energien versorgen.

Bei allen Klimaschutzaktivitäten legt Bollewick großen Wert auf eine gezielte Akteursbeteiligung und Informationsvermittlung. Daher begleitet die Gemeinde ihre Klimaschutzmaßnahmen durch zahlreiche Bürgergespräche und Informationsveranstaltungen. Dass diese Strategie aufgeht, belegen vielfältige Auszeichnungen bei landes- und bundesweiten Wettbewerben.

Ansprechpartner:

Bertold Meyer Bürgermeister der Gemeinde Bollewick Amt Röbel/Müritz
Telefon: 039331/18655 Mobil: 0170/2369262 E-Mail: b.meyer@fane-mv-ev.de

Drei Fragen ...

an den Bürgermeister von Bollewick,
Bertold Meyer



1

Welche Rolle spielt das Projekt „Kooperationsnetzwerk (Bio)EnergieDörfer Mecklenburg-Vorpommern“ für den Klimaschutz in Ihrer Kommune?

Das Kooperationsnetzwerk bietet die einmalige Gelegenheit für einen regionalen und länderübergreifenden Erfahrungsaustausch mit Bürgermeistern und Gemeindevertretern, Landwirten und interessierten Akteuren anderer Kommunen zu den aktuellen Entwicklungen im Bereich erneuerbarer Energien und darüber hinaus. Es geht also darum, voneinander zu erfahren, was vor Ort funktioniert und was wie verbessert werden kann. Als positive Begleiterscheinung steigt die Wahrnehmung der Belange kleiner Gemeinden in der Öffentlichkeit und auch bei politischen Entscheidungsträgern erheblich. Hierdurch können diese Vorhaben zu Projekten im Interesse des Landes werden, was deren Umsetzung erheblich erleichtert und nicht zuletzt das mutige Vorgehen der Menschen vor Ort belohnt. Das hierdurch gestärkte Selbstwertgefühl und Zutrauen der Menschen, die Dinge selbst in die Hand nehmen zu können, bilden die Grundlage, die künftigen Herausforderungen des Klimawandels und Klimaschutzes selbstbewusst anzugehen.

>>>

2

Was bedeutet die Auszeichnung für Bollewick?

Zunächst: Auch unser Beitrag, so klein er im globalen Maßstab gesehen sein mag, ist notwendig und zahlt sich aus. Diese Auszeichnung ist natürlich eine große Ehre für die Bürger Bollewicks, die hierdurch erfahren, dass auch ihr Beitrag zum Klimaschutz anerkannt wird. Hierauf können wir auch einfach einmal stolz sein. Außerdem legen wir mit den unterschiedlichen Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien heute nicht nur die Grundlage für die zukünftige Energieversorgung in unserer Gemeinde. Besonders ländliche Räume und deren nachhaltige Entwicklung müssen sich, besser heute als morgen, zu nachhaltigen Produktionsorten für saubere Energie, verantwortlich erzeugte Lebensmittel oder nachhaltigen Tourismus entwickeln. Sie sind weder Subventions-, noch Schrumpfräume, sondern Zukunftsräume für Menschen, für nachhaltiges Leben und Wirtschaften. Die großen Ballungsräume werden mittelfristig nur bedingt ihren eigenen Strom, ihre eigene Wärme, ihre eigenen Lebensmittel usw. erzeugen können – hierfür bedarf es starker Regionen, die ein Vielfaches ihres Eigenbedarfes produzieren und an die Städte und Metropolen in ihrer Nähe exportieren, hierfür bedarf es letztlich Land-Stadt-Partnerschaften auf Augenhöhe. Der ländliche Raum ist der „Garten der Metropolen“.

3

Wo ist Bollewick noch im Klimaschutz aktiv?

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien, den sich die Gemeinde Bollewick nicht zuletzt im Rahmen des Kooperationsnetzwerks auf die Fahnen geschrieben hat, sind auch die Themen Energieeinsparung und -effizienz von großer Bedeutung. So hat die Gemeinde zum Beispiel bis Ende 2011 die gesamte Straßenbeleuchtung in allen Ortsteilen auf moderne LED-Technik umrüsten lassen. 2012 wird das örtliche Nahwärmenetz errichtet, in welches die örtlichen Biogasanlagen ihre Wärme einspeisen. Mit dem Anschluss an das Nahwärmenetz werden sämtliche Abnehmer mit energiesparenden Umwälzpumpen ausgestattet. Außerdem wird die Beleuchtung in der Scheune Bollewick – der größten Feldsteinscheune Europas – sukzessive auf moderne LED-Technik umgestellt.

Die Begründung der Jury

Die Gemeinde Bollewick hat ein funktionierendes Kooperationsnetzwerk gegründet, das den insbesondere für einzelne kleine Gemeinden oft schwierigen Weg zum CO₂ sparenden „(Bio)EnergieDorf“ ebnet. Seit 2009 haben sich bereits 68 Gemeinden und verschiedene Organisationen zusammengeschlossen. Da das Netzwerk weiter wächst, profitiert die gesamte Region, und der Umweltschutz wird aktiv gestärkt.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den die Gemeinde Bollewick die Auszeichnung im Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2011“ erhält.



Das Team aus Bollewick bei der Preisverleihung in Berlin: v. l. Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Ulfert Schönfeld, Netzwerk Regionale Energie Mecklenburg-Vorpommern; Bürgermeister Bertold Meyer; Henrik Manthey, Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern; Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen; Gerhard Sprick, Gemeinde Bollewick; Uwe Schmidt, Gemeinde Bollewick; Bertram Fleck, Deutscher Landkreistag; Falk Roloff-Ahrend, Bioenergieregion Mecklenburgische Seenplatte; Michael Thomalla, Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern; Andreas Willisch, Thünen-Institut für Regionalentwicklung; Christel Krauß, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern; Dr. Olaf Schätzchen, ARGE Bioenergie Bollewick GbR; Susanne Buchholz, Bioenergie region Rügen; Stefan Latzko, Institut für angewandtes Stoffstrommanagement; Rayko Tülke, Amt Röbel/Müritz; Manfred Pitann, Gemeinde Zepkow; Dr. Ernst Schützler, Netzwerk Regionale Energie Mecklenburg-Vorpommern

Noch eine letzte Frage an den Bürgermeister:

Wie verwendet Bollewick das Preisgeld von 20.000 Euro?

Das mittlerweile hohe Interesse an erneuerbaren Energien und Klimaschutz in unserem Bundesland ist das Ergebnis der guten Zusammenarbeit unseres „Kooperationsnetzwerks (Bio)EnergieDörfer Mecklenburg-Vorpommern“. Diesen Prozess weiterzutragen, ist das Kernanliegen der Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern. Wir wollen deshalb das gesamte Preisgeld an diese gemeinnützige Stiftung übergeben, um folgende drei Projekte voranzubringen:

Im Frühjahr 2012 wird die Akademie mit einer überregionalen Tagung zu verantwortlich erzeugten regionalen Lebensmitteln im „Garten der Metropolen“ an der Universität Rostock einen Dialogprozess starten, um die Zukunft ländlicher Räume im Hinblick auf die mittelfristig steigende Notwendigkeit regionaler Lebensmittelversorgungssysteme zu diskutieren. Darüber hinaus sollen in den kommenden drei Jahren jeweils fünf Schulprojekte in Mecklenburg-Vorpommern mit 500 Euro jährlich gefördert werden, die die klimafreundliche Umgestaltung von Schulen zum Ziel haben. Ressourcensparende Unterrichtsvorbereitung und -durchführung, verantwortlich erzeugte regionale Lebensmittel in der Pausen- und Mittagsversorgung sowie Klimaschutzprojekte auf dem Schulgelände bzw. im nahen Umfeld der Schule sollen zum Thema gemacht und deren schrittweise Umsetzung geprüft werden. Des Weiteren möchte die Stiftung die „(Bio)EnergieDörfer“ zu Lernorten für Fragen des Klimaschutzes entwickeln. Die zentralen Fragen der nachhaltigen Nutzung erneuerbarer Energien sollen für Bürger und Besucher verständlich aufgearbeitet und dargestellt werden, z.B. in Form von Informationstafeln, Energielernpfaden sowie besonderen touristischen Führungen durch die neue Energielandschaft.

Unternehmen für Ressourcenschutz – beraten, vernetzen, fördern



Unternehmen für
Ressourcenschutz
beraten · vernetzen · fördern

Freie und Hansestadt Hamburg
Kreisfreie Stadt
ca. 1.700.000 Einwohner



Starke Partner für den Umweltschutz

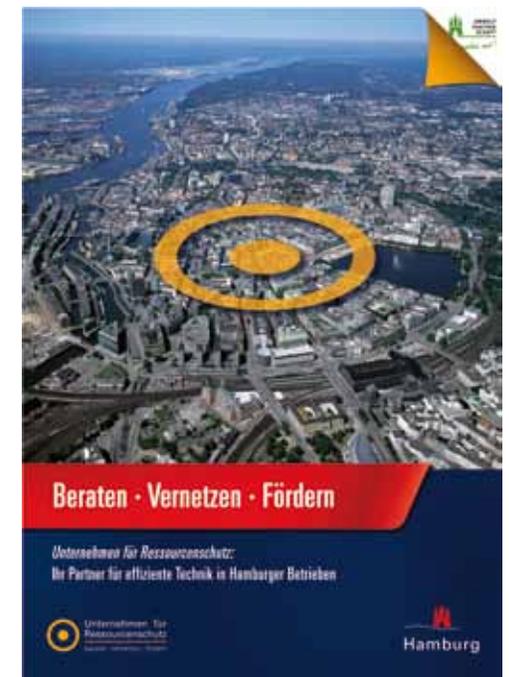
In Hamburg tragen Industrie und Gewerbe zu mehr als 50 Prozent des Energieverbrauchs und damit erheblich zu den CO₂-Emissionen bei. Hier liegt ein großes Klimaschutzpotenzial, das durch die Schonung von Ressourcen wie Trink- und Grundwasser, durch Abfallvermeidung sowie die Verringerung von Belastungen durch Chemikalien noch vergrößert wird.

Im Jahr 2001 reagierte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) auf diese Situation und startete das Projekt „Unternehmen für Ressourcenschutz“ als Teil der „Umwelt-Partnerschaft Hamburg“, einer Vereinbarung zwischen Wirtschaft und Senat zur Unterstützung von umweltfreundlichem und ressourceneffizientem Wirtschaften. Ziel ist die beschleunigte und systematische Erschließung sämtlicher CO₂- und Ressourceneinsparpotenziale. Zur Zielgruppe gehören kleinere und mittelständische Betriebe genauso wie Großunternehmen und Konzerne.

Die Federführung für das Ressourcenschutz-Projekt liegt bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Hamburg. In Zusammen-

arbeit mit der Handelskammer, der Handwerkskammer, dem Industrieverband Hamburg und 21 weiteren Partnern aus Wirtschaft, Technik und Wissenschaft entwickelte sie ein vielschichtiges Klimakonzept mit verschiedenen konkreten Angeboten. Auf diese Weise sollen Unternehmen in die Lage versetzt werden, bestehende Investitionshemmnisse für Effizienzmaßnahmen zu überwinden.

Passgenaues Angebot



Unternehmen mit Service zum Klimaschutz motivieren

Schlüsselfaktor des Ressourcenschutz-Programms ist die persönliche, individuelle Beratung durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Dazu wurde ein elfköpfiges Beraterteam geschaffen, das im Bereich des gesamten Stadtgebietes gezielt auf Firmen zugeht. Beratung, Prüfung von Maßnahmen, Förderung und Vermittlung von Spezialisten, alles kommt aus einer Hand. Durch ihre Unabhängigkeit genießt die städtische Behörde eine hohe Akzeptanz und nimmt eine fachübergreifende, vermittelnde und koordinierende Rolle ein. Ihre Beteiligung an speziellen Programminitiativen wird inzwischen von den Unternehmen als Qualitätsurteil gewertet.

Effektive Wärmerückgewinnung



Mit den Vor-Ort-Beratungen stellen die Mitarbeiter der Stadt den ersten Kontakt zu den Betrieben her. Sie unterscheiden sich im Einzelfall und beziehen die besonderen Beratungsbedürfnisse der Unternehmen von Anfang an mit ein. Beim so genannten „ErstCheck“ analysieren die Berater die Gegebenheiten kostenlos und unverbindlich. Außerdem werden die Betriebe bei diesem Termin über die Angebote des Ressourcenschutz-Programms informiert, und es wird ermittelt, welche weiteren Checks sinnvoll sind.

Der „EffizienzCheck“ eignet sich beispielsweise für Großanlagen. Hier werden Fachbetriebe und Fachplaner hinzugezogen, da technisch komplexe und individuell auf die Produktion angepasste Systeme nicht mehr im Rahmen standardisierter Checks getestet werden können. Die Kosten, die beim „EffizienzCheck“ entstehen, bezuschusst die Stadt bei Bedarf zu 50 Prozent.

Als besonders beliebt haben sich in Hamburg standardisierte Checks erwiesen, die sich nur auf eine Technik beziehen. Dazu gehören der „WärmeCheck“ für Heizanlagen ab 51 Kilowatt Leistung, der „BHKWCheck“ für Wärmeerzeugungsanlagen, die für eine Umrüstung auf Kraft-Wärme-Kopplung geeignet sind, und der „KälteCheck“ für Kühlanlagen ab zwölf Kilowatt.



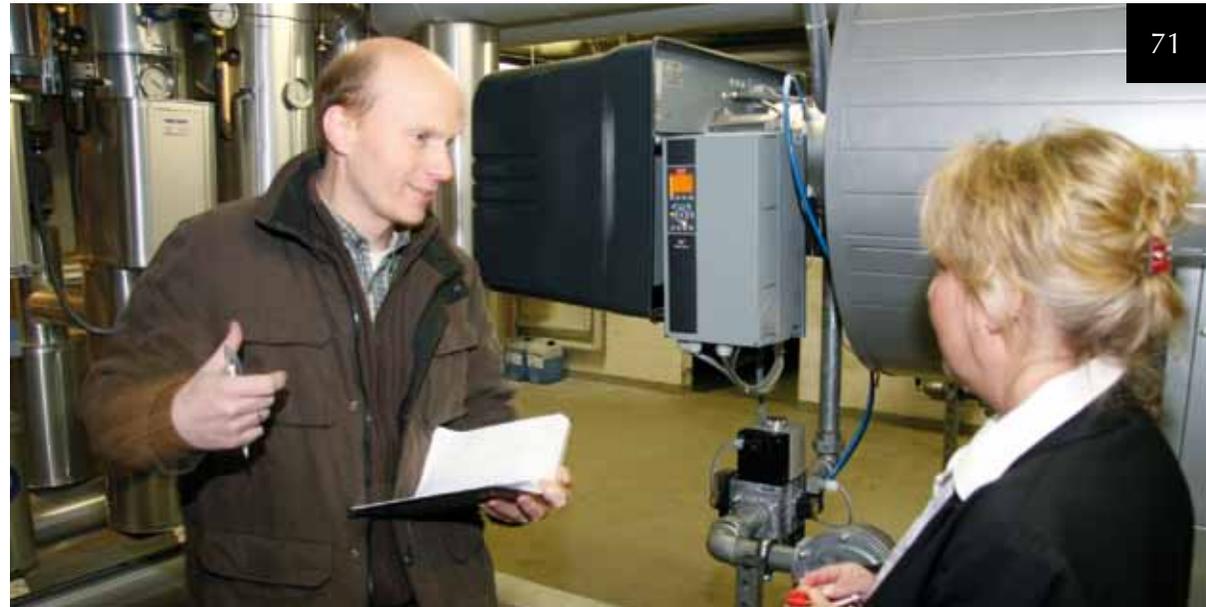
Einsparpotenziale nutzen



Beim „LichtCheck“ wird die gesamte Beleuchtung eines Betriebs überprüft, und beim „ServerraumCheck“ werden Auslastungsgrad, Energieverbrauch und Kühlsituation der Rechner unter die Lupe genommen. Alle Technik-Checks werden von Fachbetrieben durchgeführt. Die dabei entstehenden Kosten werden teilweise durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und Kooperationspartner des Ressourcenschutz-Programms getragen.

Ein weiterer bedeutsamer Faktor im Ressourcenschutz-Konzept ist das „Effizienz-Netzwerk“, das in die „UmweltPartnerschaft Hamburg“ eingebunden ist. Hier finden sanierungswillige Unternehmen kompetente Ansprechpartner für alle Fragen der Planung und Realisierung. Seit 2001 haben sich im „Effizienz-Netzwerk“ 25 Kooperationspartner zusammengeschlossen, darunter die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hochschulen, Verbände, Fachbetriebe und Ingenieurbüros. Im Mittelpunkt steht der Austausch von Erfahrungen und Informationen zu Effizienz-techniken. Die Stadt bringt darüber hinaus zahlreiche Angebote wie themenbezogene Veranstaltungen, technische Leitfäden oder Workshops in das Netzwerk ein. Besondere Bedeutung kommt den regelmäßigen Netzwerktreffen, der Vermittlung von Kontakten unter den Akteuren, Sonder-

aktionen mit Kooperationspartnern und dem Aufbau eines qualifizierten Beraterpools aus Ingenieurbüros und Fachfirmen zu.



Beratung vor Ort

Kommuniziert wird die Arbeit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und des „Effizienz-Netzwerks“ über die Internetseite der Stadt Hamburg. Dort finden sich Ansprechpartner, Veranstaltungshinweise, Leitfäden, technische Informationen und Unterlagen für Förderanträge. Alle zwei bis drei Monate wird unter dem Titel „Unternehmer-News“ ein aktueller, elek-



Ideen mit Strahlkraft

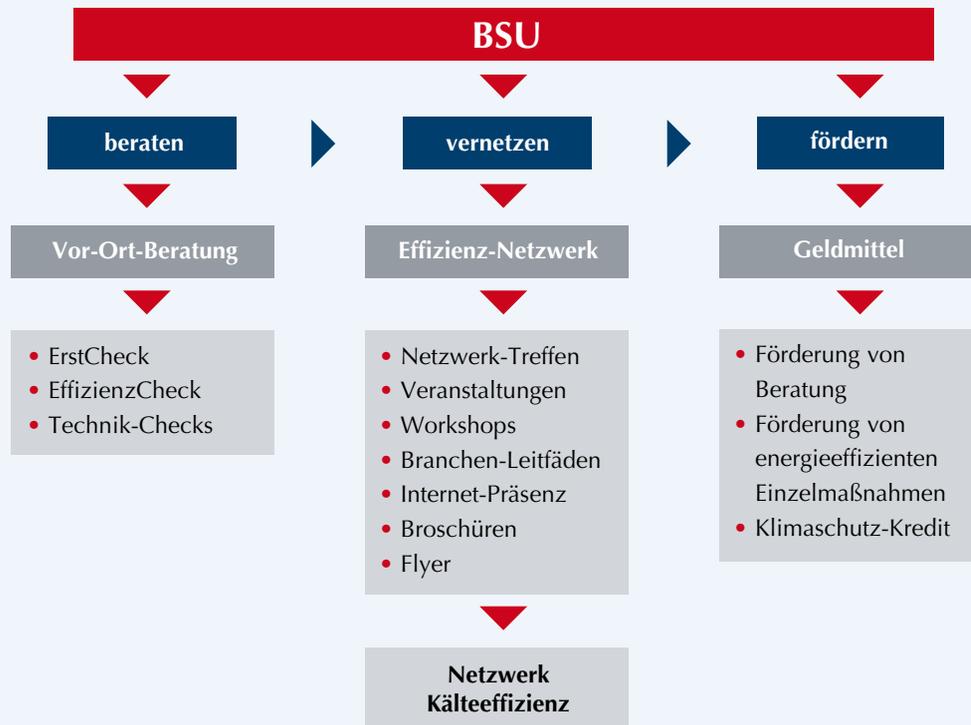
tronischer Newsletter versendet. Daneben sind seit Start des Programms rund 40 Flyer und Broschüren erschienen. Sie präsentieren das Ressourcenschutz-Konzept, Sonderaktionen, Checks und Best-Practice-Beispiele von Effizienzmaßnahmen. Akteure der „UmweltPartnerschaft Hamburg“ haben die Möglichkeit, mit dem dazugehörigen Projektlogo für sich und die Stadt zu werben.

Finanzielle Förderung für effektive Maßnahmen

Für das Ressourcenschutz-Programm setzt der Hamburger Senat mit rund fünf Millionen Euro jährlich erhebliche Geldmittel ein. Gefördert wird die Installation von Techniken und Anlagen, die über die bestehenden Ausrüstungsstandards hinausgehen und dadurch Klima- und Um-

weltentlastungen mit sich bringen. Die Zuwendungshöhe richtet sich in einem vorgegebenen Rahmen ausschließlich nach den erzielbaren Umweltschutzeffekten wie der Minderung von CO₂-Emissionen, der Reduktion des Wasserverbrauchs oder dem verringerten Rohstoffverbrauch. Als besonderes Förderinstrument wurde der „Klimaschutz-Kredit“ entwickelt, der Unternehmen die Vollfinanzierung ressourcensparender Maßnahmen ermöglicht. Die „Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt“ bietet das Darlehen zu günstigen Zinskonditionen an, wenn das Team der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt die Maßnahme als klimaeffizient eingestuft hat.

Dank einer systematischen Erfassung und Auswertung der geförderten Maßnahmen sowie einer wissenschaftlichen Evaluierung des Programms lassen sich konkrete Aussagen über die Verbesserung der Ökobilanz machen: Bisher setzten rund 820 Unternehmen 1.200 Klimaschutzmaßnahmen um, weitere 300 Maßnahmen bei rund 200 Unternehmen sind im Bau. Insgesamt investierten sie dabei etwa 280 Millionen Euro. Der Hamburger Senat beteiligt sich mit insgesamt rund 26 Millionen Euro Fördermitteln.



Service aus einer Hand

Dadurch werden nach Umsetzung aller Maßnahmen jährlich 212.000 Tonnen CO₂ vermieden, 760.000 Kubikmeter Trink- und Grundwasser sowie rund 26.000 Tonnen Abfall eingespart. Auch der Einsatz von Chemikalien konnte in den Betrieben deutlich verringert werden. Darüber hinaus nehmen pro Jahr etwa 160 neue Unternehmen die Vor-Ort-Beratung in Anspruch.



Auf einen Blick

Projekt	Städtisches Programm zur Motivation und Förderung von Klimaschutzmaßnahmen in Unternehmen
Ziele	Systematische Erschließung sämtlicher CO ₂ und Ressourceneinsparpotenziale kleiner und mittelständischer Betriebe sowie von Großunternehmen und Konzernen
Zeitraumen	Projektstart Oktober 2001
Kooperationspartner	Handelskammer, Handwerkskammer, Industrieverband Hamburg und 21 weitere Partner aus Wirtschaft, Technik und Wissenschaft
Angebot	Vor-Ort-Beratungen, Effizienz- und Technik-Checks, Vernetzung, Vermittlung von Experten, finanzielle Förderung, Klimaschutz-Kredit

Themenschwerpunkt „Kälte-Netzwerk“

Um den Wissensaustausch über Einsparmöglichkeiten im Kältebereich zu fördern, gründete die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zusammen mit zwei Ingenieurbüros Anfang 2008 das „Netzwerk Kälteeffizienz Hamburg“ als eigene Plattform. Es hat zum Ziel, energiesparende, innovative Kältetechnik in Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung zu etablieren. Immerhin entfallen rund 14 Prozent des Strombedarfs in Deutschland auf diesen Bereich. Die Kosten für Kälteerzeugung in den Betrieben liegen nicht selten doppelt so hoch wie die für Wärmeengewinnung. Durch gezielte Effizienzmaßnahmen lässt sich der Kälte-Energieaufwand um rund 40 Prozent reduzieren.



Breitgefächerte Information

Inzwischen gehören dem Netzwerk mehr als 500 Branchen-Partner an. Im Jahr 2009 erhielt es vom Bundesumweltministerium den „Förderpreis für hocheffiziente Kälte- und Klimatechnologien“ in der Kategorie „Kältenetzwerke und -Initiativen“.



Ansprechpartner:

Dr. Hinrich Hartung | Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Natur- und Ressourcenschutz der Stadt Hamburg | Telefon: 040/428403366 | E-Mail: hinrich.hartung@bsu.hamburg.de

Drei Fragen ...

an den Leiter des Programms
„Unternehmen für Ressourcenschutz“
in der Behörde für Stadtentwicklung
und Umwelt der Stadt Hamburg,
Dr. Hinrich Hartung



75

1 Welche Rolle spielt das Projekt „Unternehmen für Ressourcenschutz“ für den Klimaschutz in Ihrer Kommune?

Hamburg ist eine Wirtschaftsmetropole. Über 50 Prozent der CO₂-Emissionen werden von Industrie- und Gewerbebetrieben erzeugt. Die Hamburger Wirtschaft ist daher ein wesentlicher Akteur für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik des Senats. Im Rahmen einer „UmweltPartnerschaft Hamburg“ haben die Hamburger Wirtschaft und der Senat freiwillige Ziele im Umwelt- und Klimaschutz vereinbart, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen. Mit dem Programm „Unternehmen für Ressourcenschutz“ stellt der Senat ein breites Angebotsspektrum bereit, um die Unternehmen durch Beratung, Vernetzung und Förderung dabei zu unterstützen, die betriebliche Energieeffizienz zu steigern. Im Gegenzug investieren die Unternehmen in zusätzliche Energieeffizienz-Maßnahmen. Das sehr pragmatische und auf die Zielgruppe zugeschnittene Programmkonzept wird intensiv genutzt, so dass in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ein erheblicher Beitrag zum Klimaschutz initiiert werden kann.

>>>

2

Was bedeutet die Auszeichnung für Hamburg?

Die Auszeichnung durch das Bundesumweltministerium auf der Basis einer Bewertung durch ein unabhängiges Institut ist für die verantwortliche Politik und alle am Programm beteiligten Akteure wie Kammern, Verbände und Unternehmen eine wichtige Bestätigung dafür, konzeptionell auf dem richtigen Wege zu sein. Der Preis stützt Hamburg auch als Umwelthauptstadt Europas 2011. In der Hamburger Energiepolitik wird versucht, praxisorientierte Programme mit einer sehr direkten und individuellen Zusammenarbeit mit den privaten Unternehmen aufzulegen, die sich in deren Betriebsablauf und -struktur einpassen. Dies führt einerseits zur Realisierung vieler Projekte, andererseits aber auch zu kritischen Stimmen.

3

Wo ist Hamburg noch im Klimaschutz aktiv?

Der Hamburger Senat hat mit seinem Klimaschutzkonzept 2007 bis 2012 eine Fülle von Maßnahmen zu einem Paket geschnürt und mit Sondermitteln finanziert, an dem sich Behörden, öffentliche Einrichtungen und städtische Unternehmen sowie private Unternehmen, die Wohnungswirtschaft und Bürger beteiligen. Neben den Maßnahmen in der gewerblichen Wirtschaft liegen weitere Programmschwerpunkte in den Bereichen „Erneuerbare Energien“ und „Energieeffizientes Bauen“. Zu nennen wäre auch das Aktionsbündnis „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“, das in dieses Themenfeld hineinspielt. Als Richtschnur für die mittelfristige und zukünftige Energiepolitik wird ein Masterplan Klimaschutz entwickelt, der auf der Basis der aktuellen Ausgangssituation konkrete Handlungsempfehlungen zur Erreichung der Klimaschutzziele für 2020 und für 2050 geben soll.

Die Begründung der Jury

Mit ihrem klar strukturierten und fokussierten Programm „Unternehmen für Ressourcenschutz“ motiviert und fördert die Freie und Hansestadt Hamburg Unternehmen kontinuierlich bei der Entwicklung und Umsetzung effektiver Klimaschutzmaßnahmen. Die verschiedenen Programmbausteine sowie die Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit fügen sich zu einer passgenauen Strategie zusammen, die in die übergeordnete Hamburger Umweltpolitik eingebunden ist.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den die Freie und Hansestadt Hamburg die Auszeichnung im Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2011“ erhält.



*Das Team aus Hamburg bei der Preisverleihung in Berlin:
v. l. Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Staatsrat
Michael Sachs, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)
der Freien und Hansestadt Hamburg; Bundesumweltminister
Dr. Norbert Röttgen; Martina Luther, BSU Hamburg; Dr. Günter
Tamm, BSU Hamburg; Bertram Fleck, Deutscher Landkreistag*

Noch eine letzte Frage an den Leiter von
„Unternehmen für Ressourcenschutz“:

Wie verwendet Hamburg das Preisgeld von 20.000 Euro?

Mit dem Preisgeld können wir unsere neue Initiative „Heizungs-Netzwerk“ voranbringen. Wir sprechen damit die Eigentümer von Gewerbe- und Mehrfamilienwohngebäuden an. In unserer täglichen Arbeit fallen uns immer wieder die extrem ineffizient laufenden Heizungsanlagen auf. Sie erfüllen über Jahr(zehnt)e zuverlässig – und damit eben auch unbeachtet – ihren Zweck, die Gebäude zu heizen, benötigen dabei aber viel zu viel Brennstoff. Durch die Vermittlung von finanziell geförderten „WärmeChecks“ erhalten die Eigentümer qualifizierte Sanierungsvorschläge von Fachplanern sowie Kostenaufstellungen und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen. Durch diese konkreten Vorschläge und die Angebote von Fördermitteln werden häufig umfangreiche Sanierungsmaßnahmen ausgelöst, die weit über die vorgesehenen oder notwendigen Reparaturmaßnahmen hinausgehen. Durchschnittlich werden so sehr kurzfristig Einsparungen zwischen 20 und 30 Prozent der für die Gebäude benötigten Heizenergie erreicht. Die moderne Heizungstechnik ist heute so flexibel in der Leistung, dass sich die Anlagen – falls später eine Dämmung der Gebäudehülle geplant wird – dem verringerten Wärmebedarf anpassen können. Mit dem Preisgeld werden wir Informationsmaterial für die Gebäudeeigentümer bereitstellen, an einer Zusammenarbeit interessierte Fachplaner und -betriebe für den Beraterpool schulen und das Netzwerk in einer Veranstaltung öffentlich bekannt machen. Bei den bisherigen Gesprächen mit den Akteuren stoßen wir auf ein äußerst positives Echo, und die Projektanmeldungen laufen bereits an.

Die Preisträger



Kategorie 3

Erfolgreich umgesetzte, innovative Aktionen zur Beteiligung und Motivation der Bevölkerung bei der Realisierung von Klimaschutzmaßnahmen.

Bad Hersfeld saniert sich

Stadt Bad Hersfeld
Kreisstadt, Landkreis Hersfeld-Rotenburg
Hessen
ca. 30.000 Einwohner



Altbausanierung mit System

Im Jahr 2011 feierte die hessische Kurstadt Bad Hersfeld ihr 1.275-jähriges Jubiläum. Pittoreske Fachwerkhäuser und Altbauten prägen das Bild. Als die Stadt im Jahr 2008 ein Klimaschutzkonzept entwickelte, wurde schnell klar, dass hier ein großes Sparpotenzial für Kohlendioxid-Emissionen liegt, denn mehr als ein Drittel des CO₂-Ausstoßes stammte aus Altbauten im Privatbesitz. Grund genug zu reagieren: 2009 beschloss Bad Hersfeld die groß angelegte Klimakampagne „Bad Hersfeld saniert sich“.

Die Aktion sollte alle privaten Haus- und Wohnungseigentümer, Verwaltungsgesellschaften und Wohnungsunternehmen ansprechen, deren Gebäude und Wohnungen vor Januar 1984 fertiggestellt wurden. Ziel war es, möglichst viele Eigentümer zur CO₂-sparenden Sanierung zu bewegen. Als Hauptargument diente – neben dem Klimaschutzaspekt – die langfristige Senkung des Energieverbrauchs und damit auch der Betriebskosten.

Ein weiteres Motiv für die Stadt, die Kampagne ins Leben zu rufen, war die Verbesserung der

eigenen Außendarstellung und die Steigerung der regionalen Wertschöpfung. Die Verwaltung zeigte sich ihren Bürgern als neutrale Dienstleisterin und Beraterin, weg vom Image einer „Amtsstube“. Die Umsetzung der Sanierungsoffensive orientierte sich deshalb an den Grundsätzen Bürgernähe, Kompetenz und Unabhängigkeit der Information.

Unabhängige Beratung

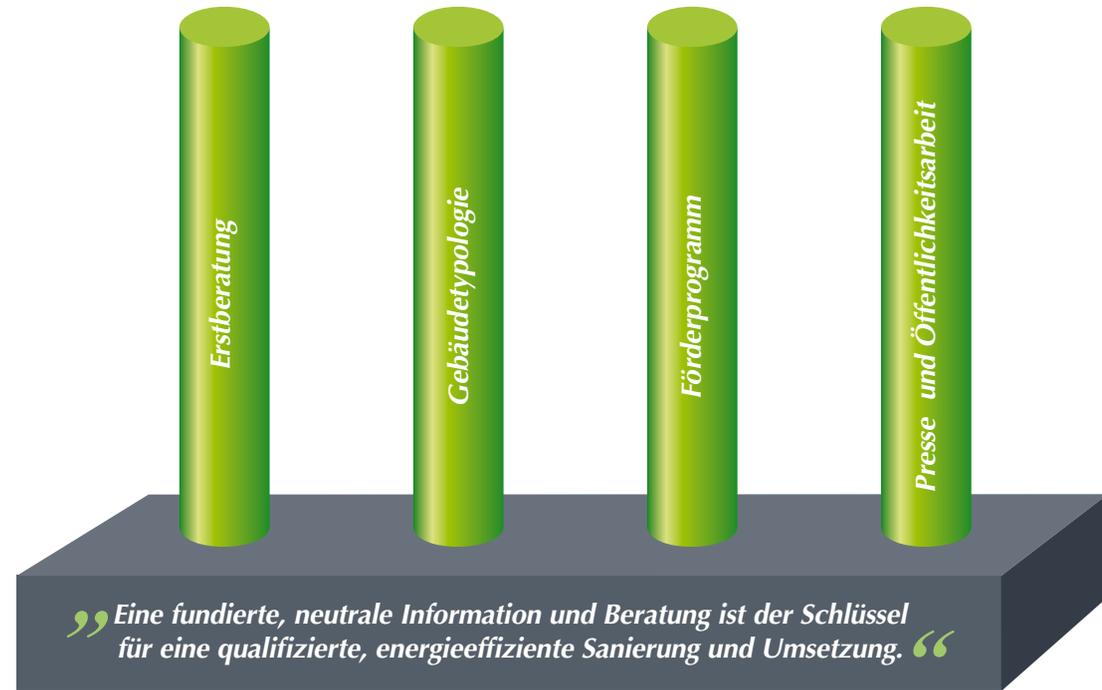


Vier Säulen tragen die Klimaoffensive

Auf der Basis des Leitsatzes „Eine fundierte, neutrale Information und Beratung ist der Schlüssel für eine qualifizierte, energieeffiziente Sanierung und Umsetzung“ entwickelte Bad Hersfeld ein „Vier-Säulen-Modell“ für die erfolgreiche Umsetzung der Kampagne.

Die erste Säule bildet die Erstberatung der Haus- und Wohnungseigentümer. Diese ist unabhängig von bestimmten Anbietern oder Dienstleistern im Bausektor. Dazu richtete die Stadt einen „Energiestützpunkt“ der Verbraucherzentrale Hessen ein. Hier erhalten Sanierungsinteressierte gegen ein Entgelt von fünf Euro eine Erstberatung, die bis zu 45 Minuten dauern kann. Neben der Beantwortung von konkreten Fragen geht es hier um Informationen und einen neutralen Überblick über energetisch sinnvolle Instandsetzungsmöglichkeiten.

Die zweite Kampagnensäule beruht auf einer vom Energie-Institut Hessen erstellten Gebäudetypologie. Das Verzeichnis listet für jede Bau- altersklasse den Ist-Zustand im unsanierten Zustand sowie Sanierungs- und Energiesparvorschläge basierend auf der Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energie-



Leitsatz der Sanierungsinitiative

Thermografie zeigt Energieverluste



sparende Anlagentechnik bei Gebäuden, EnEV 2009, plastisch und anschaulich auf. Es dient allen Energieberatern, Architekten, Sanierungswilligen und der Stadtverwaltung selbst als wichtige Entscheidungshilfe.

Ergänzt wird die Gebäudetypologie durch jährliche, von den Stadtwerken Bad Hersfeld geförderte Thermografie-Aktionen. So wurden bereits zahlreiche Energie- und Wärmeverlustquellen aufgespürt. In Kombination mit der Gebäudetypologie bietet das bildgebende Verfahren sehr gute Voraussetzungen, um Fragen zum Sanierungsbedarf konkret zu beantworten. Die Stadt-

Klimaschutzgerechte Komplettsanierung

werke haben in den Wintern 2009/2010 und 2010/2011 mehr als 70 Thermografieaktionen für einzelne Gebäude in Zusammenarbeit mit einem zertifizierten Ingenieurbüro durchgeführt.

Als dritte Säule installierte Bad Hersfeld ein kommunales Förderprogramm. Dabei ging es der Stadt von Anfang an um eine breitgefächerte Unterstützung der Bauherren. Diese umfasst neben der qualifizierten Beratung auch die finanzielle Förderung der Voll- oder Teilsanierung von Gebäuden und Wohnungen. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Baubegleitung zu bezuschussen. Darüber hinaus ist eine Kombination mit weiteren Förderprogrammen grundsätzlich möglich und erwünscht. Um die Leistungen in Anspruch nehmen zu können, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. So muss das zu fördernde Objekt vor dem 1. Januar 1984 bezugsfertig gewesen sein, und die Arbeiten müssen nachweislich von qualifizierten Handwerksbetrieben vorgenommen werden. Da für eine Kur- und Festspielstadt, die auf eine lange Geschichte zurückblickt, auch Aspekte des Denkmalschutzes eine wichtige Rolle spielen, gibt es weitere Voraussetzungen für die Vergabe von Fördermitteln. Bei Fachwerk- oder Stuckfassaden



darf beispielsweise keine Außendämmung angebracht werden, und die Fassadengliederung muss ebenso wie die ursprüngliche Fensterteilung erhalten bleiben.

Damit dem Klimaschutz und der ökologischen Nachhaltigkeit möglichst umfassend Rechnung getragen wird, müssen bei den geförderten Bauprojekten ressourcenschonende Techniken eingesetzt werden. Nicht bezuschusst werden Sanierungsmaßnahmen, bei denen Tropenholz oder FCKW- und H-FCKW-haltiges Material verbaut werden. Vielmehr sollen langlebige, heimische oder regional verfügbare Baustoffe genutzt werden, deren Herstellung die Umwelt möglichst wenig belastet und die wiederverwertbar sind. Falls die Verwendung von PVC-



Gut besuchter „Energie-Treff“

Produkten unumgänglich ist, sollen zumindest PVC-Recycling-Produkte bei der Sanierung bevorzugt werden.

Der Erfolg kann sich sehen lassen: Bis März 2011 wurden etwa 50 Gebäude und weit mehr als 100 Wohneinheiten saniert oder befanden sich in der Sanierung. Und das in gut 20 Monaten!

Die vierte Säule besteht schließlich aus einer kontinuierlichen und breit aufgestellten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Da für eine Gebäudesanierung immer auch ein erhebliches finanzielles, zeitliches und eigenes Engagement der Eigentümer notwendig ist, legt Bad Hersfeld besonderen Wert auf eine intensive, neutrale und langfristig angelegte Informationspolitik, die die Motivation der Bürger zu wecken versteht. Dazu werden verschiedene Verbreitungskanäle genutzt.

Inhaltlich gilt es, die Hauseigentümer für den Klimaschutzgedanken zu aktivieren, Vorteile einer energetischen Instandsetzung aufzuzeigen und gleichzeitig auf die Fördermöglichkeiten aufmerksam zu machen.

Als zentrales Kommunikationsmittel dient eine 2009 ins Leben gerufene Veranstaltungsreihe, die so genannten „Bad Hersfelder Energie-Treffs“. Während der Heizperiode werden sie sogar monatlich angeboten, da dann eine besondere Sensibilität für das Thema Energieeinsparung vorhanden ist. Hier können sich Interessierte nicht nur informieren, hier finden sie auch Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch, und sie können sich Rat bei Experten holen. Im Schnitt besuchen zwischen 50 und 100 Bad Hersfelder die Veranstaltungen.

Gemeinsam noch mehr erreichen

Unterstützt werden die „Energie-Treffs“ vom „Architekten- und Ingenieurverein Bad Hersfeld“ sowie von der „Hessischen Energiespar-Aktion“. Darüber hinaus hat sich die Stadt im Rahmen der Informationsoffensive mit Banken, Sparkassen, dem Verband „Haus und Grund“ und der „Kreishandwerkerschaft Hersfeld-Rotenburg“



Sonderbeilage
der „Hersfelder Zeitung“

vernetzt. In deren Geschäftsstellen liegt Informationsmaterial aus, außerdem werden dort regelmäßig Ausstellungen zum Thema energetische Sanierung organisiert. Parallel zu den Ausstellungen werden jeweils Modernisierungsberatungen angeboten. All diese Termine bewirbt die Stadt gezielt in der Presse. Die „Hersfelder Zeitung“ begleitete die gesamte Sanierungskampagne von Beginn an mit zahlreichen Artikeln im redaktionellen Teil des Blattes. Anlässlich der „Energie-Treffs“ wurden jeweils mehrseitige Sonderbeilagen gedruckt, in deren Mittelpunkt unter anderem bereits erfolgreich durchgeführte Sanierungsprojekte standen.

Finanziert wird die Sanierungsoffensive zu 100 Prozent aus kommunalen Mitteln. Die Kosten für die Erstberatung durch die Verbraucherzentrale werden mit Mitteln des Bundeswirtschaftsministeriums gefördert, die Kosten für die Thermografie-Aktionen übernahm teilweise die Stadtwerke Bad Hersfeld GmbH. Aufgrund ihres Erfolges ist die Kampagne inzwischen zur langfristigen Einrichtung geworden. Sie soll künftig weiterentwickelt werden. So strebt die Stadt an, Wirtschaftspartner stärker zu integrieren.



Auf einen Blick

Projekt	Kommunale Kampagne zur Förderung privater Altbausanierung
Ziele	Verbreitung des Klimaschutzgedankens in der Bevölkerung, Steigerung der Altbausanierungsquote und damit verbunden die Verbesserung der CO ₂ -Bilanz der Stadt, Förderung ökologisch und energetisch nachhaltiger Baumaßnahmen, Stärkung der Wirtschaftsregion
Zeitraumen	Projektstart Juli 2009
Angebot/Aktion	Neutrale Beratung der Eigentümer, Einrichtung von Informationsplattformen wie dem „Energie-Stützpunkt“ und monatlichen „Energie-Treffs“; Erhebung des Ist-Zustandes sowie Darstellung von Sanierungsvorschlägen durch eine Gebäudetypologie der gesamten Stadt; finanzielle Unterstützung von energieeffizienten Voll- und Teilsanierungen privater Gebäude durch ein kommunales Förderprogramm; Förderung qualifizierter Baubegleitung; regelmäßige Thermografie-Aktionen
Kooperationspartner	Verbraucherzentrale, regionale Zeitung, Landesweite Energiespar-Aktion sowie Fachleute aus den Bereichen Energie und Bau sowie regionale Unternehmen

Positive Bilanz:

- ✓ *Allein im Zeitraum von Juli 2009 bis März 2011 wurden etwa 50 Gebäude und über 100 Wohneinheiten saniert oder befanden sich noch in der Sanierung.*
- ✓ *Jährlich werden schon durch die bisherigen baulichen Verbesserungen rund 600 Tonnen CO₂ eingespart.*
- ✓ *Ortsansässige Unternehmen wurden gestärkt: Insgesamt blieben etwa 2,2 Millionen Euro durch Handwerks- und Ingenieurleistungen in der Region. Dadurch konnten Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen gesichert werden.*

All diese Zahlen zeigen, dass die Akzeptanz des Klimaschutzgedankens gesteigert und die Motivation der Bürger, ihre Gebäude energetisch instand zu setzen, gefördert wurde. Bad Hersfeld leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der bundesweiten Sanierungsquote und zur Verringerung der CO₂-Emissionen.

Zusätzliche Aktionen für den Klimaschutz

Die Sanierungsoffensive wurde im Herbst 2009 von einer gemeinsamen Aktion mit der „Hersfelder Zeitung“ flankiert. Unter dem Titel „Der Klimaschutzbeauftragte rät“ informierte dieser drei Monate lang regelmäßig im Blatt über Möglichkeiten, im Haushalt Energie sowie Wasser zu sparen und Schimmelbildung zu vermeiden. Im Februar 2010 organisierte die Stadt zusammen mit der Kreishandwerkerschaft und den Stadtwerken die „Bad Hersfelder Energie- und Klimatage“, eine nicht kommerzielle Messe, die mehr als 3.000 Interessierte besuchten. Sie konnten sich an etwa 30 Ständen und in vier Ausstellungen über moderne Heiz- und Lüftungstechnik, Wärmedämmung und regenerative Energieversorgung informieren. Außerdem gab es neutrale Beratungsangebote und Vorträge. Die bundesweite Ausstellung „Unser Haus spart Energie“ wurde über die Energie- und Klimatage hinaus noch eine Woche lang präsentiert und in den Schulunterricht der achten und neunten Klassen eingebunden.



Bad Hersfelder Energie- und Klimatage

Ansprechpartner:

Guido Spohr Klimaschutzbeauftragter der Stadt Bad Hersfeld
 Telefon: 06621/16617 E-Mail: spohr@stadtwerke-hef.de

Drei Fragen ...

an den Bürgermeister von Bad Hersfeld,
Thomas Fehling



1

Welche Rolle spielt das Projekt „Bad Hersfeld saniert sich“ für den Klimaschutz in Ihrer Kommune?

Es stellt einen wichtigen Baustein im Gesamtkonzept dar. „Bad Hersfeld saniert sich“ war der Nukleus unserer Bemühungen und resultierte aus Vorschlägen aus dem Klimaschutzkonzept. Damit konnten wir das allgemeine Interesse wecken und zahlreiche Mitmacher gewinnen. Ein so globales Thema wie Klimaschutz muss unseres Erachtens durch praktische Maßnahmen vor Ort in die Tat umgesetzt werden, um die notwendige Akzeptanz zu gewinnen. Denn nur mit lokalen Beispielen gewinnt man die Bürger. „Bad Hersfeld saniert sich“ ebnete auch den Weg für ein neues Verständnis von Verwaltungshandeln, und zwar im besten demokratischen Sinne.

>>>

2

Was bedeutet die Auszeichnung für Bad Hersfeld?

Bad Hersfeld ist inzwischen eine der führenden Städte im kommunalen Klimaschutz in Hessen. Die Auszeichnung ist Anerkennung für die geleistete Arbeit und zugleich Motivation für die nächsten Projekte. Alle Beteiligten dürfen stolz auf die Arbeit und die Ergebnisse sein. Unsere Beratungsinstrumente laufen erfolgreich und werden von einer breiten Bevölkerungsschicht angenommen. Die Stadtpolitik unterstützt auf breiter Basis und meist einmütig unsere Aktivitäten und liefert so ihren Beitrag zum Erfolg des kommunalen Klimaschutzes in Bad Hersfeld.

3

Wo ist Bad Hersfeld noch im Klimaschutz aktiv?

Klimaschutz und Energiemanagement sind die Top-Themen 2012 in Bad Hersfeld. Wir verstehen Klimaschutz als Wertschöpfung. 2012 eröffnen wir ein Zentrum für Energie und Klimaschutz direkt in der Fußgängerzone, um das Thema noch dichter an unsere Bürger zu bringen. Dort stehen der Klimaschutzbeauftragte, die Stadtwerke Bad Hersfeld und die Verbraucherzentrale Hessen als Berater zur Verfügung. Dieses Zentrum soll mittelfristig eine Plattform für Unternehmen und ihre Dienstleistungen bilden. Das kommunale Standortmarketing wird durch das Thema Klimaschutz und Energie bereichert. Bad Hersfeld macht sich auf den Weg zu einer 100-Prozent-Erneuerbare-Energien-Stadt. So befinden sich drei Großanlagen mit insgesamt 6,5 Megawatt Peak auf dem Stadtgebiet. Neben dem Bürgersolarpark auf dem Parkplatz eines Logistikunternehmens ist mit über drei Megawatt Peak eine der größten Dachanlagen Deutschlands seit November 2011 in Betrieb. Ende 2010 wurde eine 2,8 Megawatt Peak-Anlage auf den Seitenstreifen des Flugplatzes errichtet. Ein kleines, aber besonderes Highlight ist aktuell unser „Energiespar-Kaffee“ in Einrichtungen für ältere Menschen. Hier erhalten Senioren gezielte Informationen zu den Themen richtiges Heizen und Lüften oder zum Einsatz von Leuchtmitteln.

Die Begründung der Jury

Die Altbausanierungskampagne „Bad Hersfeld saniert sich“ ist ein gut durchdachtes und strukturiertes Konzept zur Förderung privater energetischer Gebäudesanierung. Eine gelungene Kombination aus Beratung, Bereitstellung von Gebäudedaten, finanzieller Förderung und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt Bürgerinnen und Bürger beim gesamten Sanierungsprozess. Öffentliche Aktionen und eine umfangreiche Presseberichterstattung sensibilisieren darüber hinaus die Bevölkerung für die Problematik hoher CO₂-Emissionen.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den die Stadt Bad Hersfeld die Auszeichnung im Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2011“ erhält.



*Das Team aus Bad Hersfeld bei der Preisverleihung in Berlin:
v. l. Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Detlef Raphael,
Deutscher Städtetag; Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen;
Bürgermeister Thomas Fehling; Guido Spohr, Stadt Bad Hersfeld*

Noch eine letzte Frage an den Bürgermeister:

Wie verwendet Bad Hersfeld das Preisgeld von 20.000 Euro?

Wir werden das Preisgeld in eine moderne EDV-Lösung für Gebäudeleittechnik und Energieeffizienz für die kommunalen Gebäude und hier insbesondere unsere Rathäuser, Kindergärten, Feuerwache, Stadthalle und Stadtbibliothek investieren. Unsere Marktrecherchen haben ergeben, dass es eine Lösung, wie wir sie anstreben, momentan noch nicht gibt. Deshalb haben wir inzwischen ein Lastenheft erstellt und suchen nun aktiv Entwicklungs- und Vermarktungspartner. Dieses Lastenheft wurde kooperativ mit den Fachbereichen Immobilienmanagement, Informationsmanagement, dem Klimaschutzbeauftragten und den Stadtwerken Bad Hersfeld entwickelt. Noch in diesem Jahr soll anhand von ein bis zwei Pilotprojekten dieses System getestet werden.

Weiterhin schulen wir künftig in regelmäßiger Form unsere Mitarbeiter im Bereich des täglichen Nutzerverhaltens, denn auch mit vielen kleinen Maßnahmen können wir bis zu 15 Prozent sicher an Kosten einsparen. Auch bei uns stehen immer mal wieder die Fenster in der kalten Jahreszeit „auf Kipp“. Hier gilt es, traditionelle Verhaltensweisen ohne den erhobenen Zeigefinger zu verändern.

Herten steigt auf – Strukturwandel mit dem Rad erfahren

Stadt Herten
Kreis Recklinghausen
Nordrhein-Westfalen
ca. 63.000 Einwohner



Bürger für eine fahrradfreundliche Zukunft begeistern

Die Stadt Herten liegt mitten im Ruhrgebiet und befindet sich aktuell in der Umwandlungsphase von der ehemals größten Bergbaustadt Europas hin zur Stadt der neuen und erneuerbaren Energien. Dieser Entwicklungsprozess fordert in vielen Bereichen Entscheidungen, neue Wege einzuschlagen. Einer dieser neuen Wege fußt auf der Erkenntnis, dass erhebliche Mengen Kohlendioxid vermieden werden können, wenn kurze und mittlere Fahrten vom Auto auf das Rad verlagert werden. Daher beschloss die Kommune im März 2009 das Leitbild einer fahrradfreundlichen Stadt. Keine leichte Aufgabe in einer Region, die traditionell auf das Auto ausgerichtet ist. Strategien und Vorhaben im Bereich der allgemeinen Verkehrsplanung und des Radwegebaus ergänzte die Stadtverwaltung deshalb im März 2009 mit der breit angelegten Motivationskampagne „Herten steigt auf – Strukturwandel mit dem Rad erfahren“.

Die Werbung für das „Null-Emissions-Fortbewegungsmittel“ Fahrrad sollte einen „Strukturwandel“ in den Köpfen der Hertener in Gang setzen und sie für einen aktiven Klimaschutz begeistern.

Gleichzeitig sollten die Bürger für die positiven Begleiteffekte der Kampagne, wie weniger Lärm, körperliche Fitness und den allgemeinen Anstieg der Lebensqualität, sensibilisiert werden. Wichtig war auch, die Pläne für eine fahrradfreundliche Stadt in das bestehende übergeordnete Stadtentwicklungskonzept einzubinden. Die drei Eckpfeiler dieses Konzepts: „Stadt der neuen Energien“, „Bildungsstadt“ und „Mitmachstadt“ galt

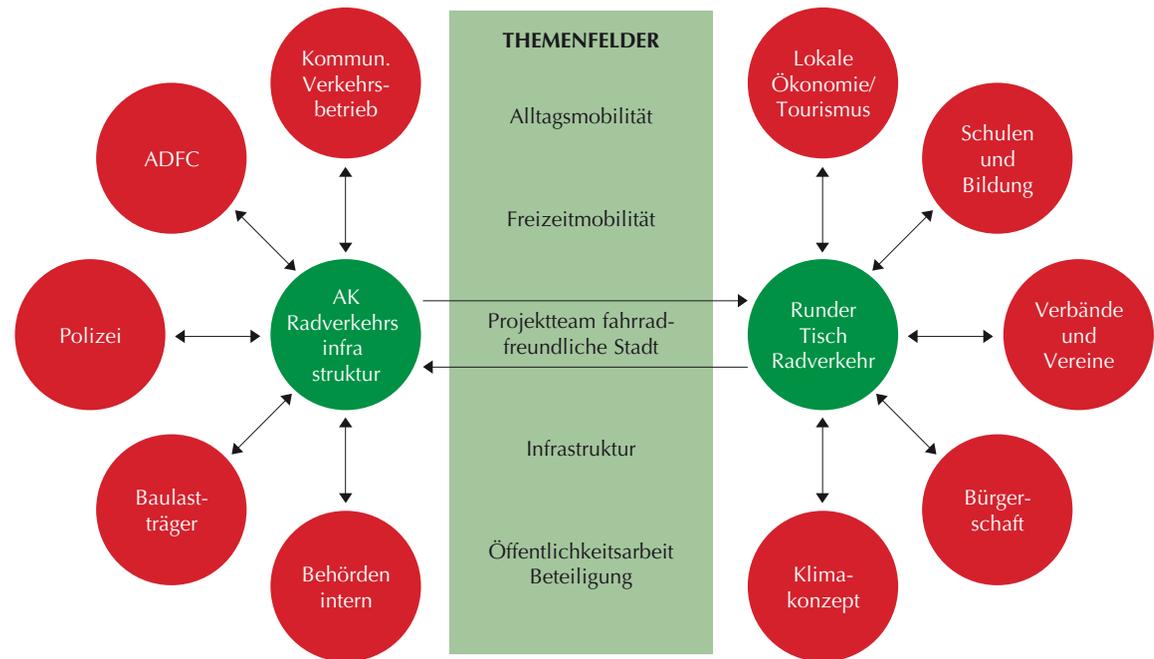
„Anradeln“ mit der Stadt



es zu berücksichtigen und alle Projektideen zu einer langfristigen Gesamtstrategie auszubauen. Als Ziel hatte die Stadt sich gesteckt, immer mehr Hertener aller Altersgruppen immer häufiger dazu zu bewegen, das Rad zu nutzen. Ein Umstieg aufs Rad bei 25 Prozent aller Fahrten bis zu zehn Kilometern Länge bedeutet eine CO₂-Ersparnis von rund vier Prozent oder 10.200 Tonnen jährlich.

Kräfte bündeln für ein passendes Angebot

Der Ansatz, möglichst viele Menschen zum Mitmachen zu bewegen, macht eine Organisationsstruktur erforderlich, die unterschiedliche Interessengruppen anzusprechen vermag. Das Projektteam „Fahrradfreundliche Stadt Hertener“ fungiert dabei als Bindeglied zwischen dem „Arbeitskreis Radverkehrsinfrastruktur“ und dem „Runden Tisch Radverkehr“. Der Arbeitskreis hält die Verbindung zu den Fachbehörden, den kommunalen Verkehrsbetrieben, den regionalen Baulastträgern, der Polizei und dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club e.V. (ADFC). Der „Runde Tisch“, in den Schulen, Verbände, Vereine, lokale Wirtschaftsunternehmen, Tourismuseinrichtungen und Bürgerschaft eingebunden sind, repräsentiert die Stadtgesellschaft. Aufgabenschwerpunkte all dieser Projektteams



Komplexe Organisationsstruktur

sind gleichermaßen Öffentlichkeitsarbeit und Stärkung der Bürgerbeteiligung. Inhaltlich stehen die Themenfelder Alltags- und Freizeitmobilität sowie Fragen der Infrastruktur im Mittelpunkt.

Die Vielzahl der eingebundenen Akteure und Interessengruppen hat in Hertener eine große Menge einzelner Aktionen ermöglicht, die bei den Bürgern großen Zuspruch fanden. Presse

und Radio begleiteten die Ereignisse ausführlich. Für das „An- und Abradeln“ der lokalen Rad-saison gewannen die Organisatoren prominente Hertener zu thematischen Touren wie „Hertener Siedlungen“ und die „HertEnergietour“. Unterstützt durch den ADFC steuerten insgesamt 200 Teilnehmer dieser Touren Ziele an, die zum Themenbereich Umwelt und erneuerbare Energien passten. 2010 stellte die lokale Presse ein Jahr lang alle vier Wochen den „Radfahrer des Monats“ vor, den eine besondere Geschichte mit seinem Fahrrad verband oder der eine spezielle Strategie entwickelt hatte, das Rad als Verkehrsmittel zu nutzen.

Als ganztägiges Angebot wurde im gleichen Jahr dreimal eine „Rad-fahrersprechstunde“ im Rathaus und den Stadtteilzentren eingerichtet. Hier konnten die Bürger eigene Anregungen an die Stadt weitergeben. Bei geplanten Infra-strukturmaßnahmen an Straßen und Wegen bezog die Verwaltung verstärkt Anwohner und Autofahrer ein, um Veränderungen nicht als Belastung, sondern als positive Element erfahrbar zu machen.



Gemeinsam Bürger motivieren



Gelungenes Experiment?

Auf Akzeptanz und ein positives Miteinander der Verkehrsteilnehmer setzte Herten auch beim Thema Öffnung der Fußgängerzone für Fahrräder. Unter dem Motto „Rücksicht hat Vorfahrt“ läutete die Stadt 2011 mit einer Informationskampagne einen 12-monatigen Versuch ein. Dieser wird nach seiner Auswertung als Grundlage für die Entscheidung über eine dauerhafte Öffnung des Fußgängerbereichs für Radfahrer dienen. Die Entscheidung darüber steht im Sommer 2012 an.

Da Herten sich im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts auch als „Bildungsstadt“ versteht, wurden Schulen und Ausbildungsstätten mit verschiedenen Projekten intensiv in die Mitmachkampagne einbezogen. Kernstück bildete die Trainingsaktion „Sicher mit dem Rad zur Schule“, bei der sowohl die Verkehrstüchtigkeit des

Rades selbst als auch das sichere Fahrverhalten von Kindern und Jugendlichen eine Rolle spielte. Während der Aktion „Schulweg-Detektive“ spüren Schüler für sie gefährliche Stellen auf und schlagen Lösungen vor. Diese fließen ständig in die Verkehrsplanung der Stadt ein. Eine Befragung aller 5.793 Hertener Schüler ermöglichte erstmals eine umfassende Studie, wie Schüler mit ihrer Mobilität umgehen. Sie dient ebenfalls als Entscheidungshilfe für die Verkehrsplanung.

Mit kleinem Budget zum Erfolg

Das Projekt „Herten steigt auf – Strukturwandel mit dem Rad erfahren“ wurde ohne öffentliche Fördergelder entwickelt und umgesetzt. Die Stadt wollte beweisen, dass auch Kommunen mit knappen finanziellen Mitteln etwas in Sachen Klimaschutz bewirken können. So verzichtete Herten bewusst auf aufwändige Werbekampagnen und reduzierte die Sachkosten damit auf ein Minimum. Unbedingt notwendige Kommunikationsmittel wie Plakate und Flyer wurden mit einfachen Mitteln und direkt vom Projektteam, den Arbeitskreisen und den „Kinderfreun-



Effektive Tipps

den“ erstellt. Die „Kinderfreunde“ sind ein in den 1970er Jahren begonnenes Projekt, das heute im Fachbereich Familie, Jugend und Soziales der Stadt Herten angesiedelt ist. Die Finanzierung übernahm die Stadt. Statt auf Werbekampagnen setzte Herten auf die direkte Ansprache der Bürger, den persönlichen Erfahrungsaustausch und das positive, praktische Beispiel Hertener Radfahrer, das zur Nachahmung anregen sollte. Die bestehenden Stellen im Bereich der „Kinderfreunde“ zur Sensibilisierung der Kinder und Jugendlichen und zur Förderung der Radverkehrsinfrastruktur in der Verkehrsplanung im Umfang von insgesamt etwa einer Stelle wurden im Rahmen von „Herten steigt auf“ durch einen Werkvertrag ergänzt. Dieser war nötig, um im Projekt die Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation des Arbeitsprozesses zu leisten. Dass die Stadt Herten lokale Medien von Radio über Zeitungen bis zu Anzeigenblättern für eine umfangreiche Berichterstattung gewinnen konnte, trug zum Erfolg der Motivationsstrategie bei. Von Ende 2009 bis Ende 2010 griffen die Medien das Thema Fahrradstadt mit mehr als 60 Beiträgen in sämtlichen Facetten auf. Die lokalen Anzeigenblätter, Lokalzeitungen, das Magazin „Herten erleben“, der Bürgerfunk „genial vital“ und das Lokalradio Vest erreichten insgesamt 860.000 Menschen.

Die positive Bilanz: Herten ist auf dem Weg, seine Kohlendioxidemissionen durch die Steigerung des Radverkehrs im Nahverkehr um 10.200 Tonnen pro Jahr zu senken. Außerdem stärkte die Kampagne die Wirtschaftskraft der Stadt durch den Ausbau des Fahrradtourismus.

Bedingt durch den Erfolg der Aktion, möchte die Stadtverwaltung künftig noch intensiver ihrer Vorbildfunktion nachkommen. Sie beabsichtigt, das eigene Mobilitätsmanagement auszubauen und immer mehr Mitarbeiter dazu zu bewegen, mit dem Rad zur Arbeit zu fahren. Die Hertener Stadtwerke haben ihren Fuhrpark auf Gasautos umgestellt, 2012 sollen Dienstfahrräder und Dienstpedelecs für die Stadtverwaltung angeschafft werden. Dafür wurde im Frühjahr 2011 eine Befragung zum Mobilitätsverhalten der städtischen Mitarbeiter durchgeführt. Es stellte



Gemeinsam geplante Verkehrswege



Auf einen Blick

Projekt	Motivationskampagne für mehr Fahrradverkehr in der Stadt
Ziele	Möglichst viele Bürger zum Umstieg vom Auto auf das Fahrrad zu bewegen, konkrete Einsparung von CO ₂ , Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität, Ausbau des Fahrradtourismus
Zeitraumen	März 2009 bis Januar 2011
Angebot/Aktion	Fahrradtouren mit Prominenten, Wahl des Radfahrers des Monats, Radfahrer-Sprechstunden, Einbeziehung der Bürger in die Verkehrsplanung, Aktionen mit Schülern wie Sicherheitstraining und Schulweg-Detektive, probeweise Öffnung der Fußgängerzone für den Radverkehr, Einbindung der lokalen Presse und des Radios
Kooperationspartner	Stadtwerke, verschiedene städtische und regionale Arbeitskreise und -gruppen, Fahrradclub



Pedelecs mit Brennstoffzellen-Antrieb

sich heraus, dass 70 Prozent der befragten Mitarbeiter in einer Entfernung von unter zehn Kilometern zu ihrem Arbeitsort wohnen. Neben der Entscheidung über die dauerhafte Öffnung der Fußgängerzone für den Radverkehr sollen neue Aktionen zur Förderung des Einkaufs per Rad entwickelt werden. Ein Erste-Hilfe-Workshop fürs Rad, der Großeltern, Eltern und Kinder anspricht, wurde im Jahr 2011 in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule durchgeführt und wird wiederholt. Weitere Projekte, unter anderem für Senioren, sind in Planung.

Mit dem „Pedelec“ über die „Allee des Wandels“

Aus der Planung eines neuen Radwegenetzes ist das Konzept „Allee des Wandels“ entstanden, das den Strukturumbuch im Ruhrgebiet erlebbar machen wird. Entlang einer ehemaligen Zechenbahntrasse wird eine durchgehende Verbindung zwischen alten Bergbaustandorten, Hertener Stadtteilen und der Nachbarstadt Gelsenkirchen ausgebaut, die an das regionale Radwegenetz und an die Route der Industriekultur angebunden ist. Sie soll von Fußgängern und Radfahrern genutzt werden. Es entsteht perspektivisch eine Verbindungslinie zwischen den Innovationsorten H2-Herten, einem zukünftigen Gas-Dampf-Kraftwerk, energetisch sanierten Siedlungen und öffentlichen Gebäuden sowie dem „Energieberg“ Scholven.



Industriekultur „erradeln“

Ansprechpartnerin:

Irja Hönekopp Projektteam Fahrradfreundliche Stadt Herten
 Telefon: 02366/303406 E-Mail: i.hoenekopp@herten.de

Drei Fragen ...

an den Bürgermeister von Herten,
Dr. Uli Paetzel



1

Welche Rolle spielt das Projekt „Herten steigt auf – Strukturwandel mit dem Rad erfahren“ für den Klimaschutz in Ihrer Kommune?

Die Stadt Herten sieht den Klimaschutz als zentrales Thema ihrer zukünftigen Entwicklung. Er ist Querschnittsthema in allen Fachbereichen. In einer Kommune wie Herten am Übergang der Metropolregion Ruhr zum Münsterland mit einer traditionell starken Orientierung auf den privaten PKW ist die Entwicklung eines klimafreundlichen Mobilitätsverhaltens zentraler Bestandteil des Hertener Klimakonzeptes 2020. Herten hat aufgrund seiner Topographie gute Voraussetzungen zur Nutzung des Fahrrades, und die Fahrradförderung ist auf kommunaler Ebene gut zu bearbeiten.

>>>

2 Was bedeutet die Auszeichnung für Herten?

Die Stadt Herten ist stolz auf die Auszeichnung und sieht sie als Ansporn und Bestätigung, sich weiter intensiv mit diesem Thema zu beschäftigen.

3 Wo ist Herten noch im Klimaschutz aktiv?

Die Stadt Herten hat im Jahr 2009 das Hertener Klimakonzept 2020 beschlossen, dessen Ziel es ist, die CO₂-Emissionen um 27 Prozent bis 2020 zu reduzieren. Die Handlungsfelder sind: Klimaschutz im Bestand, Klimaschutz im Wohnungsneubau, klimaschonende Energieversorgung, klimaschonende Mobilität sowie Kommunikation und Kooperation. In diesem Rahmen wurden im Jahr 2011 zum ersten Mal die Hertener Klimatage als Kombination aus Fachtagung und Familientag durchgeführt. Es wurde zum ersten Mal der Hertener Klimapreis verliehen. Für die Hertener Schulen wurde ein Energiesparwettbewerb ausgeschrieben. Bisher wurden auf vier städtischen Schulen, dem Gebäude der Hertener Stadtwerke und auf dem umgebauten Rathaus Photovoltaikanlagen installiert, die eine Einsparung von insgesamt 105 Tonnen CO₂ im Jahr bedeuten. In einer der 50 Solarsiedlungen NRW „sonne+“ wird zusätzlich ein Blockheizkraftwerk eingerichtet. „Herten arbeitet mit seinen Partnerstädten unter dem Titel „Städtepartner für den Klimaschutz“ zusammen. Außerdem ist Herten Mitglied im „covenant of mayors“ für lokale nachhaltige Energie.



*Das Team aus Herten bei der Preisverleihung in Berlin:
v. l. Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Detlef Raphael,
Deutscher Städtetag; Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen;
Dr. Babette Nieder, Stadt Herten; Irja Hönekopp, Stadt Herten;
Bürgermeister Dr. Uli Paetzel*

Die Begründung der Jury

Die Stadt Herten motiviert mit ihrer bürgernahen und strategisch ausgerichteten Kampagne Menschen aller Altersgruppen dazu, möglichst viel und möglichst regelmäßig auf das Fahrrad umzusteigen. Die Aktion führt neben der allgemeinen Sensibilisierung für Umweltfragen und Fragen des Strukturwandels zur konkreten Verminderung des CO₂-Ausstoßes in der Stadt.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den die Stadt Herten die Auszeichnung im Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2011“ erhält.

Noch eine letzte Frage an den Bürgermeister:

Wie verwendet Herten das Preisgeld von 20.000 Euro?

Herten wird die 20.000 Euro Preisgeld für verschiedene Maßnahmen verwenden, die eine Fortführung und Ausdehnung der Kampagne „Herten steigt auf – Strukturwandel mit dem Rad erfahren“ ermöglichen. Ein Teil des Geldes soll in die Arbeit der „Kinderfreunde“ fließen, um diese mit Material zur Verkehrserziehung für Schüler zu unterstützen.

Ein weiterer Teil des Geldes fließt in die Entwicklung eines Projektes zur Förderung des Radverkehrs unter Fünft- und Sechstklässlern. Auch hier wird Material wie Fahrradhelme, Fahrräder und Unterrichtsmaterial benötigt. Im Herbst 2012 ist eine Aktion „Stadtradeln“ mit einem Erweiterungswettbewerb für die Hertener Schulen geplant, für den Preise gestiftet werden. Über die Sommermonate wird es neue „Fahrradbotschafter“ in Herten geben – Prominente, die öffentlichkeitswirksam radeln.

Darüber hinaus wird das Mobilitätsmanagement der Stadtverwaltung Herten unterstützt, z.B. mit einer Fahrradlotterie für Mitarbeiter oder neuen Diensträdern. Die Durchführung einer Modal-Split-Untersuchung in Herten soll die Evaluation der Maßnahmen erleichtern.

Ich mach Klima

Stadt Karlsruhe
 Kreisfreie Stadt
 Baden-Württemberg
 ca. 290.000 Einwohner



ich mach klima!

Mehr Infos unter www.ich-mach-klima.de

Mein Klimavertrag
 ihr Original

<h3>Ich drehe runter</h3> <p>Ich senke in meiner Wohnung von Oktober bis März die Temperatur um ein Grad ab (3)</p> <p>Ich lüfte die Räume durch komplett geöffnete – und nicht durch gekippte – Fenster (2)</p> <p>Ich verwende Wasserspar-Duschköpfe (3)</p> <p>Ich lasse gekochte Speisen abkühlen, bevor ich sie in den Kühlschrank oder ins Gefrierfach stelle (1)</p> <p>Ich dämme freiliegende Heizungsleitungen (4)</p> <p>Ich überprüfe meine Heizungs-pumpe (2)</p> <p>Punkte (15)</p>	<h3>Ich recycle</h3> <p>Ich bevorzuge Mehrweg für Getränke und Milchprodukte (1)</p> <p>Ich verwende vorwiegend Recyclingpapier für Schulhefte, Druckerpapier, Hygiene- und Küchenpapiere (1)</p> <p>Ich verwende bei Einkäufen eine Mehrwegtasche und keine Plastiktüten (1)</p> <p>Ich trenne konsequent den Müll und verzichte auf unnötige Um-packungen (1)</p> <p>Punkte (4)</p>	<h3>Ich lebe und feiere gern</h3> <p>Ich bevorzuge saisonale Lebens-mittel aus der Region (3)</p> <p>Ich bevorzuge frische Lebens-mittel anstelle von Tiefkühl-produkten (3)</p> <p>Ich esse weniger Fleisch und Wurst oder versuche ganz darauf zu verzichten (4)</p> <p>Ich kaufe mehr Lebensmittel aus ökologischer Produktion (3)</p> <p>Ich benutze auch bei größeren Festen Mehrweggeschirr (1)</p> <p>Punkte (14)</p>
<h3>Ich schalte ab</h3> <p>Ich verwende Energiesparlampen (2)</p> <p>Ich lasse meine Klimaanlage/ mein Klimagerät fast immer aus (3)</p> <p>Ich trockne meine Wäsche natürlich und benutze keinen Wäschetrocener (3)</p> <p>Ich taue vereiste Kühlergeräte regelmäßig ab (1)</p> <p>Ich vermeide unnötige Stand-by-Schaltungen (2)</p> <p>Ich nutze bei Computer und Monitor den Energiesparmodus (1)</p> <p>Punkte (12)</p>	<h3>Ich bin mobil</h3> <p>Ich fahre klimafreundlich und Kraftstoff sparend (4)</p> <p>Ich benutze häufiger die Bahn und lasse das Auto stehen (4)</p> <p>Ich nutze öfter das Fahrrad oder gehe zu Fuß anstelle des Autos (3)</p> <p>Ich nehme die Treppe und vermeide den Fahrstuhl (1)</p> <p>Ich teile mit anderen Men-schen ein Auto oder nutze Carsharing (2)</p> <p>Ich fahre mit öffentlichen Verkehrsmitteln ins Theater/ Konzert/Kino (1)</p> <p>Punkte (15)</p>	<h3>Was ich sonst noch tue</h3> <p>Ich stelle um und beziehe Ökostrom (4)</p> <p>Ich gleiche Co₂-Emissionen nicht vermeidbarer Flüge mit einer Abgabe aus (4)</p> <p>Ich achte beim Kauf von Elek-trogeräten auf einen geringen Stromverbrauch (3)</p> <p>Ich überprüfe meinen Energie-verbrauch (1)</p> <p>Ich drucke nur wirklich not-wendige Computerdokumente aus (1)</p> <p>Ich pflanze einen Baum (2)</p> <p>Punkte (15)</p>
<p>Meine Gesamtpunktzahl (75)</p>		

Ich bestätige meine feste Absicht, die oben markierten Punkte ab sofort und mindestens ein Jahr lang zu praktizieren.

An der Verlosung kann jede/r wohnortliche Karlsruher/in teilnehmen sobald eine Summe von 20 Punkten erreicht und die nebenstehende Absichtserklärung unterschrieben wird.

Teilnahmeschluss ist der 31.10.2010 (Poststempel)

Vorname, Name: _____

Straße: _____

PLZ: _____

E-Mail: _____

Karlsruhe

Stadt Karlsruhe, Umwelt- und Arbeitsschutz, Markgrafenstr. 14, 76133 Karlsruhe, E-Mail: umwelt-arbeitsschutz@karlsruhe.de, www.ich-mach-klima.de

Ich möchte an der Hauptverlosung am November 2010 teilnehmen und bin damit einverstanden, dass mein Name und die Anschrift bis zu einem Monat nach der Hauptverlosung außerwahrt und danach gelöscht werden.

Ich bin an weiteren Zwischenverlosungen und Informationen zur Klimaschutzkampagne per Mail interessiert.

Datum: _____

Unterschrift: _____

ich mach klima!

„Ich mach Klima“ – Selbstverpflichtung für den Klimaschutz

Oberstes Ziel der Karlsruher Motivationskampagne „Ich mach Klima“ war, alle Bürger der Stadt dafür zu sensibilisieren, dass sie unabhängig von Alter oder Einkommen und ohne Einbuße der Lebensqualität in ihrem Alltag viel für den Klimaschutz tun können. Der positive Effekt für den Einzelnen dabei: Mit einem klimabewussten Verhalten lässt es sich gesünder leben und Geld sparen. Indirekt wollten die Kampagnenmacher Schwellenängste vor der Komplexität des Themas Kohlendioxid-Emissionen nehmen und vermitteln, dass auch ohne Absolutheitsanspruch, mit „kleinen“ einzelnen Beiträgen effizient CO₂ eingespart werden kann.

Eingebettet war die einjährige Aktion in die langfristige und übergeordnete Umweltschutzinitiative „Karlsruhe macht Klima“. Um die Bürger tatsächlich zum Mitmachen zu bewegen, entwickelte die Stadt im Jahr 2009 ein Konzept, mit dem sie das ernste Anliegen auf lockere und undogmatische Weise transportierte. Im Mittelpunkt stand dabei, viele innovative, ein-

zelne Ideen zu entwickeln und eine positive Stimmung für das Projekt zu schaffen.

Herzstück der Kampagne war der so genannte Klimavertrag. Mit dieser symbolischen Verpflichtung konnte jeder Karlsruher eine eigene, freiwillige Abmachung zum Schutz des Klimas treffen. Die Grundlage des ideellen Vertrages bildete eine Broschüre mit 33 praktischen CO₂-Spartipps. Die Spannweite reichte von Informationen zum richtigen Heizen und zur Senkung des Energieverbrauchs elektrischer Geräte über Mülltrennung, Recycling und Wasserverbrauch bis hin zu Ratschlägen zu einer klimaschonenden Mobilität im Straßenverkehr, umweltfreundlichen Urlaubsstrategien und einer Kohlendioxid einsparenden Ernährung. Für viele Maßnahmen

Der Klimavertrag – ein Novum





Alltagstaugliche Klima-Tipps

wurde beispielhaft vorgerechnet, wieviel CO₂ vermieden werden kann. In Abhängigkeit dazu wurde eine entsprechende Punktzahl zugeordnet. Aufgabe der Klimavertrag-Unterzeichner

war dann, individuell so viele CO₂-Sparaktionen auszuwählen, dass sie mindestens 20 von 75 möglichen Punkten erreichten. Mit ihrer Unterschrift verpflichteten sie sich, die Sparmaßnahmen ein Jahr lang konsequent durchzuhalten. Außer einem guten Umweltgewissen gab es auch noch etwas zu gewinnen: Am Ende der Aktion verlost die Stadt im November 2010 thematisch passende und gesponserte Preise, wie beispielsweise eine klimafreundliche Reise, besonders sparsame Kühlschränke und Carsharing-Mitgliedschaften.

Konsequente Werbung für den Klimaschutz

Zum Konzept der Kampagne gehörte auch, mit immer neuen Aufmerksamkeit erregenden Aktionen auf den Klimavertrag aufmerksam zu machen und das Thema so im Bewusstsein der Bürger zu verankern. Im Oktober und November 2009

wurde daher an den Obstständen von zwei Wochenmärkten mit (Energiespar-)Birnen für den Klimavertrag geworben. Wer sich spontan entschloss zu unterzeichnen, bekam eine Energiesparbirne geschenkt.

Gratis-Eintrittskarten für eine Klima-Modenschau erhielten alle Vertragsunterzeichner im Februar 2010. Bei diesem besonderen Spektakel führten junge Erwachsene in einem Karlsruher Programm-kino nachhaltige Mode aus Recyclingmaterial, Secondhandmode und Bio-Labels vor. Im März konnten sich Autofahrer an zwei Erdgastankstellen über energiesparende Fahrweisen informieren.

Im Mai bekamen die Karlsruher eine Fahrt mit einer Fahrrad-Rikscha zu einem nahe gelegenen Café oder einer Crêperie plus fair gehandeltem Kaffee oder Bio-Crêpe für ihren Vertragsabschluss. Im Juli gab es ein Bio-Eis von einem Solar-Eismobil, das zwischen der Innenstadt und dem Schlosspark pendelte. Das als fahrbare „Eisdiele“ ausgebaute Lastenfahrrad verfügte über einen Kühlschrank, dessen Stromversorgung eine Photovoltaikanlage gewährleistete. Im September 2010 feierten die Karlsruher den Abschluss



Kreative Klimamodenschau

der Kampagne mit einer klimafreundlichen Open-Air-Party, die sich unter anderem durch vorwiegend vegetarische, biologisch angebaute sowie regional produzierte Lebensmittel und Speisen auszeichnete. Zwei Karlsruher Bands spielten live, ebenso wurde ein eigens komponierter Klima-Rap präsentiert. Für den Klimavertrag warb die Stadt außerdem bei den Karlsruher Veranstaltungen „Energiespartage Durlach“ und dem „Tag der Erneuerbaren Energien“.

Die einzelnen Events ergänzte die Stadt durch Mitmachwettbewerbe, bei denen klimafreundliche und von Karlsruher Unternehmen ausgelobte Preise gewonnen werden konnten: So

sollten die Teilnehmer anlässlich der Energiesparbienen-Aktion aufschreiben, wie sie 24 Stunden ohne Strom verbringen würden. Zu gewinnen gab es ein Jahr lang „NatuR plus“-Strom aus 100 Prozent erneuerbaren Energien.

Anlässlich der Klima-Modenschau wurde das beste Secondhand-Outfit gesucht. Die Preise: coole Umhängetaschen aus Recyclingmaterial. Per Fotoauswahl wurde parallel zur Erdgas-Klima-Tankstellen-Aktion der „grünste“ Balkon oder Garten gekürt. Der Gewinner erhielt einen Einkaufsgutschein für ein Gartenzentrum. Gutscheine für Outdoor- oder Sportgeschäfte gab es für die Beschreibung einer klimafreundlichen Reise. Dieses Gewinnspiel wurde mit dem Rad-Rikscha-Event verknüpft. Im Rahmen der klimafreundlichen Open-Air-Party verlost die Stadt zudem ein Westerngitarren-Set für die beste Beschreibung einer klimafreundlichen Feier.



Postkarten für die Gewinnspielaktionen



Plakatmotive für „Ich mach Klima“

Um den Bekanntheitsgrad der Kampagne zu steigern und die Bevölkerung gezielt und regelmäßig zu erreichen, setzte Karlsruhe auf einen breit gefächerten Medieneinsatz. So ließ die Stadtverwaltung einen Rundfunkspot produzieren, der im lokalen Radio zu hören war. Im gleichen Zeitraum wurde auch mit einem originellen Plakat im Stadtbild auf die Aktion hingewiesen. Postkarten warben mit unterschiedlichen Motiven für die Gewinnspiele. Ein Programm kino zeigte einen Trailer für die Klimamodenschau. Stadt- und Tageszei-

tungen kündigten sämtliche Events an und begleiteten die meisten mit umfangreichen Reportagen. Zusätzlich richtete die Stadt die neue Homepage „www.ich-mach-klima.de“ ein. Dort konnten die Bürger während des Aktionszeitraumes Infos zum Klimavertrag finden. Die Website kann bis heute aufgerufen werden und präsentiert neben den CO₂-Spartipps noch Berichte der Events, Fotostrecken, Klima-Clips und ein Video der Open-Air-Party.



www.ich-mach-klima.de



Erfolg für die Klimabilanz

Zwar lässt sich die Wirksamkeit der Kampagne, die auf Sensibilisierung und Motivation abzielte, nur schwer quantitativ evaluieren, doch die Zahl der Klimaverträge spricht für sich: Knapp 1.700 Bürger unterzeichneten ihre Selbstverpflichtung für den Klimaschutz. Legt man zugrunde, dass es pro Vertrag zu einer durchschnittlichen Reduktion von 500 Kilogramm CO₂ kam, konnten in Karlsruhe allein im Aktionszeitraum etwa 850 Tonnen an CO₂-Emissionen eingespart werden.

Für die Finanzierung der Kampagne stellte der Rat der Stadt eigene Mittel im Doppelhaushalt 2009/2010 bereit. Fördermittel wurden nicht in Anspruch genommen. Die Events wurden von Kooperationspartnern teilweise mit Sachmitteln unterstützt. Die Preise für die Verlosung unter den Klimavertragsunterzeichnern sowie die Gewinne bei den kleineren Mitmachaktionen wurden fast alle von Karlsruher Unternehmen gesponsert.



Auf einen Blick

Projekt	Mitmachkampagne für aktiven Klimaschutz im Alltag
Ziele	Sensibilisierung dafür, dass die Bürger unabhängig von Alter oder Einkommen und ohne Einbuße der Lebensqualität tagtäglich etwas für den Klimaschutz tun können; Bewusstmachung, dass durch klimaschonendes Verhalten gesünder gelebt und Geld gespart werden kann
Zeitraum	November 2009 bis Oktober 2010
Angebot/Aktion	Umfangreiches Informationsmaterial mit Klima-Spartipps, Aufbau einer eigenen Website für die Kampagne, symbolischer Klimavertrag, regelmäßige öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Energiesparbinnen-Stand auf dem Wochenmarkt, Klima-Modenschau, Klima-Tankstelle, Klima-Rikscha oder Solar-Eismobil
Kooperationspartner	Regionaler Verkehrsverbund, Künstlerverein sowie Karlsruher Unternehmen



Klimalinge retten einen Baum

Von „Klimalingen“ und „Klimatram“

Sie sind klein, sie sind schnell und haben schon so manchen Klimasünder auf frischer Tat ertappt: Die Klimalinge. Eine Gruppe Karlsruher Kindergartenkinder macht sich in Video-Clips auf die Suche nach Erwachsenen, die mit ihrem Verhalten das Klima schädigen. So schleichen sich die Klimalinge beispielsweise in die Wohnung eines Karlsruher PC-Gamers, der in Sachen Umwelt und Energieverbrauch dringend einige Updates benötigt. Sie retten einem Baum das

Leben, indem sie den Gartenbesitzer davon abbringen, ihn zu fällen, und erwischen eine Müllsünderin am Container. Die frech-fröhliche Truppe macht dabei den Missetätern lautstark klar, was sie besser lassen und stattdessen künftig für das Klima tun sollten. Die Video-Clips sind auf der Website „www.ich-mach-klima.de“ zu sehen.

Die Sonderaktion „Klimatram“ führte die Stadt in Kooperation mit dem „Karlsruher Verkehrsverbund“ und dem Verein „Farbschall“ durch. Dieser Zusammenschluss von Künstlern fördert die legale Graffiti-Kultur. Zwei der Farbschall-Sprayer versahen die Wagen der Straßenbahnlinie 5 mit bunten Kunstwerken, die den Klimaschutz thematisierten. Die Straßenbahn war im Sommer 2010 drei Monate lang ein farbenfroher Blickfang.



ich mach klima!

Motivierendes Kampagnenlogo

Ansprechpartner:

Dr. Volker Hahn | Abteilungsleiter Ökologie und Umweltpädagogik | Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz der Stadt Karlsruhe
Telefon: 0721/1333120 | E-Mail: umwelt-arbeitsschutz@karlsruhe.de

Drei Fragen ...

an Bürgermeister Klaus Stapf,
den zuständigen Umweltdezernenten
für die Klimaschutzkampagne
der Stadt Karlsruhe



1

Welche Rolle spielt das Projekt „Ich mach Klima“ für den Klimaschutz in Ihrer Kommune?

Die Bevölkerung mit einzubeziehen, ist ein wichtiges Standbein des Karlsruher Klimaschutzkonzeptes. Wir wollen informieren, aber wo möglich auch beteiligen und die Menschen anregen, Klimaschutz in ihrem eigenen Umfeld zu praktizieren. Hier liegt ein erhebliches CO₂-Einsparpotenzial. So wie das Anschnallen im Auto, das vernünftig und heute selbstverständlich ist, müssen sich auch viele klimafreundliche Verhaltensweisen im Alltag erst gegen vorhandene Gewohnheiten durchsetzen. Mit der Mitmachkampagne wollten wir den Bürgern vermitteln, dass nicht nur die Politik und die Wirtschaft am Zug sind, sondern auch jeder Einzelne. Und wir konnten zeigen, dass dies in vielen Fällen noch ganz einfach gehen kann, ohne sich persönlich allzu sehr einschränken zu müssen – zumal klimafreundliches Verhalten oft auch die Gesundheit fördert und Geld spart.

>>>

2

Was bedeutet die Auszeichnung für Karlsruhe?

Ich freue mich natürlich sehr darüber, dass das Konzept für die Mitmachkampagne über Karlsruhe hinaus so positive Resonanz findet. Der innovative Charakter von „Ich mach Klima“ wurde uns auch schon vom Land Baden-Württemberg bescheinigt, das die Kampagne 2010 mit dem Agenda-Anerkennungspreis für vorbildliche Öffentlichkeitsarbeit ausgezeichnet hat. Insofern ist der Preis auch eine schöne Bestätigung für den von uns gewählten Ansatz. Bei der Ausgestaltung einer solchen Aktion halte ich es nach wie vor für besonders wichtig, auf den erhobenen Zeigefinger oder moralinsaure Aussagen weitestgehend zu verzichten. Vielmehr sollte Klimaschutz als etwas Selbstverständliches vermittelt werden, das sinnvoll ist und sogar Spaß machen kann.

3

Wo ist Karlsruhe noch im Klimaschutz aktiv?

Wir haben hier neben der Öffentlichkeitsarbeit ganz unterschiedliche Ansätze und Schwerpunkte. In unserem Klimaschutzkonzept, das gewissermaßen als „roter Faden“ für die zahlreichen Aktivitäten dient und anspruchsvolle Minderungsziele bis zum Jahr 2020 festlegt, haben wir insgesamt 80 konkrete Handlungsfelder definiert. Das fängt beim kommunalen Energiemanagement und der Weiterentwicklung des Karlsruher Fernwärmenetzes an, geht über den Ausbau erneuerbarer Energien oder die Positionierung als Fahrradstadt und reicht bis hin zu Einsparprojekten an Schulen oder verschiedenen Kooperationsvorhaben mit Karlsruher Unternehmen. Sie sehen also, Klimaschutz ist ein breites Feld, dessen Bestellung durchaus mühsam ist, sich aber lohnt.

Die Begründung der Jury

Hinter dem Titel „Ich mach Klima“ verbirgt sich die innovative Idee eines Klimavertrages, bei dem sich die Bürgerinnen und Bürger symbolisch und praktisch zum Klimaschutz verpflichten. In einer breit angelegten Mitmachaktion hat die Stadt Karlsruhe die Menschen gezielt angesprochen und mit vielfältigen Aktionen zum praktischen Klimaschutz motiviert. Die Idee der freiwilligen Selbstverpflichtung hat wegweisenden Charakter.

Das Projekt leistet damit einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz, für den die Stadt Karlsruhe die Auszeichnung im Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2011“ erhält.



*Das Team aus Karlsruhe bei der Preisverleihung in Berlin:
v. l. Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik; Detlef Raphael,
Deutscher Städtetag; Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen;
Norbert Hacker, Leiter des Amtes für Umwelt- und Arbeitsschutz
Karlsruhe*

Noch eine letzte Frage an den Bürgermeister:

Wie verwendet Karlsruhe das Preisgeld von 20.000 Euro?

Wir wollen damit eine Aktion finanzieren, die erneut den Themenbereich „Klimaschutz im Alltag“ in den Mittelpunkt stellt. Einige Haushalte sollen mit uns wetten, dass sie ihren Energieverbrauch innerhalb eines Jahres deutlich senken können und sich auch sonst klimafreundlich verhalten. Wir stellen uns hier verschiedene Zielgruppen, etwa einen Singlehaushalt, eine Familie mit Kindern und eine Studierenden-Wohngemeinschaft vor. Sie werden über wichtige Einsparpotenziale informiert, die sich mit kleineren Investitionen und über das persönliche Verhalten realisieren lassen, und können dann entscheiden, wie hoch sie wetten, also welche Einsparung sie sich zutrauen. Mit dem Einsparziel steigt der Preis – aber auch das Risiko, die Wette zu verlieren.

Für die Umsetzungsphase erhalten die Haushalte von uns dann „Schulungen“ und persönliche Hilfestellung, etwa wie man klimafreundlich kochen, einkaufen oder sich fortbewegen kann. Diese Bemühungen wollen wir öffentlichkeitswirksam verfolgen und dokumentieren. Denn die Wettsituation soll eine gewisse Spannung erzeugen und möglichst viele Menschen dazu anregen, das Geschehen zu verfolgen – und natürlich den ein oder anderen Tipp in den eigenen Alltag zu übertragen.

servicestelle: kommunaler klimaschutz

gefördert durch:



Information und Beratung für Kommunen

Speziell für Kommunen wurde beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) die „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ eingerichtet. Sie bietet Veranstaltungen zu unterschiedlichen Aspekten des kommunalen Klimaschutzes und telefonische Beratung zum Förderprogramm des Bundesumweltministeriums (BMU) an. Auf ihrer Homepage stellt sie umfassende Informationen zum Thema zur Verfügung und richtet gemeinsam mit dem BMU jährlich einen Wettbewerb aus. Unterstützt wird die Servicestelle von ihren Kooperationspartnern, den kommunalen Spitzenverbänden.

Veranstaltungen und Informationen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bundesweit agierenden Servicestelle stehen den Kommunen seit Sommer 2008 als Ansprechpartner zur Seite. Mehrmals im Jahr organisiert die Servicestelle verschiedene Fachveranstaltungen, die der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Aspekten des Klimaschutzes dienen und



Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen, Difu-Institutsleiter Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann mit dem Team der „Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz“: Cornelia Rösler, Anna Hogrewe-Fuchs, Franziska Wittkötter, Ulrike Vorwerk, Nadine Thoß (v.l.n.r.)

kommunalen Akteuren eine Möglichkeit zum fachlichen Austausch bieten. In Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltministerium und den kommunalen Spitzenverbänden richtet die Servicestelle zudem jährlich eine „Kommunal-konferenz“ aus, in deren Rahmen auch die Gewinner des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz“ prämiert werden.

Wissenswertes zum kommunalen Klimaschutz bietet die Homepage der Servicestelle. Interessierte finden hier unter anderem: Infomaterialien und Links, Beschreibungen bereits realisierter Klimaschutzmaßnahmen und -projekte, Beispiele kommunaler Klimaschutzkonzepte, die Richtlinie und die Merkblätter zum BMU-Förderprogramm für Kommunen, Übersichten über weitere kommunalrelevante Förderprogramme und Wettbewerbe zur Realisierung bzw. Auszeichnung von Klimaschutzmaßnahmen.

Beratung zum BMU-Förderprogramm

Das Team der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beantwortet telefonische und schriftliche Anfragen und berät kommunale Akteure, die auf Basis der „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative“ des BMU Fördermittel beantragen wollen.

Im Rahmen des Förderprogramms können kommunale Vorhaben und Projekte in folgenden Bereichen finanziell unterstützt werden:

- Klimaschutzkonzepte und -teilkonzepte (Erstellung von Teilkonzepten zur Klimaanpassung möglich)
- fachlich-inhaltliche Unterstützung bei der Umsetzung von Konzepten
- fachlich-inhaltliche Unterstützung bei Energieeinsparmodellen in Schulen und Kitas
- Klimaschutztechnologien bei der Stromnutzung (z.B. Sanierung von Beleuchtung oder raumluftechnischen Anlagen)



Um das Förderprogramm bei vielen Kommunen bekannt zu machen, stellen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Servicestelle das BMU-Förderprogramm auch auf Veranstaltungen Dritter vor.

Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“

Mit dem Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ erhalten Kommunen und Regionen jedes Jahr die Chance, sich für ihre vorbildlichen Klimaschutzprojekte auszeichnen zu lassen. Der in Kooperation mit dem Bundesumweltministerium bundesweit durchgeführte Wettbewerb ermöglicht den Gewinnern, ihre erfolgreich realisierten Klimaschutzprojekte einem breiten Publikum vorzustellen und anderen als Vorbild zu dienen. Die Vorbereitung und Durchführung des Wettbewerbs liegen in den Händen der Servicestelle.

Die Nationale Klimaschutzinitiative

Gefördert wird die Servicestelle im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums. Ziel der Nationalen Klimaschutzinitiative ist es, die Potenziale für den



Der Wettbewerb geht weiter

Klimaschutz durch die Steigerung der Energieeffizienz und die Nutzung regenerativer Energien kostengünstig zu realisieren. Städte, Gemeinden und Kreise bilden eine zentrale Zielgruppe der umfassenden Initiative. Sie müssen sich der Herausforderung stellen, klimaschädliche Emissionen effektiv und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu reduzieren, da in Kommunen aufgrund der räumlichen Konzentration unterschiedlichster Nutzungen ein großer Teil klimarelevanter Emissionen erzeugt wird. Durch zahlreiche Förderprogramme, intensive Öffentlichkeitsarbeit und verschiedene Wettbewerbe im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative werden Kommunen, Verbraucher, Unternehmen und Schulen zur Auseinandersetzung mit dem Thema Klimaschutz bewegt und bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen unterstützt.

Bildnachweis

Fotolia/Antony McAulay	Titelseite (1. v.l.)
United Motion	Titelseite (3., 4. v.l.), 16-17, 18/19 unten, 20-21, 23, 26-27, 28 (rechts), 29 (unten), 30 (oben links), 30/31 (unten), 31 (oben), 32-33, 36/37, 40-43, 50 (unten links), 54 (rechts), 59, 62/63 (unten), 63, 65, 70, 70/71 (oben), 72, 73 (rechts), 74 (oben), 75, 81, 87, 95 (oben), 96 (oben), 97, 101, 105 (rechts)
KV Barnim	Titelseite (2. v.l.)
BMU/Laurence Chaperon	S. 4
David Ausserhofer	S. 6
Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz	S. 8-13, 25, 35, 45, 57, 67, 77, 89, 98, 109, 111, 112
GAP Berlin	S. 18-19 (oben)
BTU Cottbus	S. 22
Hochschule Zittau/Görlitz, Fakultät Bauwesen	S. 28 (links), 29 (oben), 30 (oben rechts)
Architektenbüro M. Prowald-Dapprich	S. 37 (rechts), 38-39
Landeshauptstadt Stuttgart	S. 48-49, 50/51, 52-53, 54 (links), 55

ANE MV	S. 58, 60/61 (unten), 61, 62 (oben), 64
IfaS/ANE MV	S. 60 (oben)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Freie und Hansestadt Hamburg	S. 68-69, 71 (rechts), 74 (unten)
Kreisstadt Bad Hersfeld	S. 80, 84, 85 (rechts), 86 (rechts)
Ingenieurbüro Jochen Engelhaupt	S. 82 (unten)
Max Mihm, Bad Hersfeld	S. 83
Hersfelder Zeitung	S. 85 (links)
Stadt Herten	S. 90
Lydia Schäfers	S. 91, 95 (unten)
Projektteam Fahrradfreundliche Stadt Herten	S. 92
Sonntagsblatt im Vest, Autorin: Michaela Cornelius	S. 93 (unten)
Pressestelle Stadt Herten	S. 93 (oben)
Kinderfreunde Stadt Herten	S. 96
Regionalverband Ruhr	S. 96 (unten)
Stadt Karlsruhe	S. 100, 107
Sandwerk	S. 103 (oben links)
Special Machine	S. 103 (rechts), 104, 104/105, 106 (rechts)
1977 Film	S. 106 (links)

